

Open Access Repository

www.ssoar.info

Europaklima

Erstveröffentlichung / Primary Publication Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD). (2019). *Europaklima*. (Berichte für das Bundespresseamt). Allensbach. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-61283-4

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0





INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Europaklima

INHALT

	Seite
ANZEICHEN EINER VERUNSICHERUNG	1
VERUNSICHERUNG DURCH ITALIEN	8
DAS MIGRATIONSTHEMA – EINE ANDAUERNDE QUELLE VON DISSENS IN EUROPA	12
SCHWÄCHERE DEUTSCHE POSITION IN DER EU?	21
WEITGEHEND STABILE VORSTELLUNGEN VON DEM EUROPÄISCHEN WERTEKANON	25
TABELLENTEIL	Seite
TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN	I
TABELLEN	
	Tabelle
Europäische Union	
Zustimmung zu "Europa ist unsere Zukunft"	1
Interesse	
an Europapolitik	2
• an dem aktuellen Geschehen in anderen EU-Mitgliedsländern	3
Vertrauen in die Europäische Union	Δ

Tabelle
Mischt sich die Europäische Union zu sehr in nationale Angelegenheiten ein? 5
Sollten EU-Mitgliedsstaaten bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit sanktioniert werden?
Unterschiede und Gemeinsamkeiten der EU-Mitgliedsländer
Was überwiegt, die Gemeinsamkeiten oder die Gegensätze der EU-Länder?7
"Europäische Werte" - Welche Werte verbindet man mit Europa?8 a-d
Werte, die von den EU-Mitgliedsländern geteilt werden
Wie groß ist die Solidarität zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union?
Europäische Währung
Vertrauen in die gemeinsame europäische Währung
Bringt der Euro für Deutschland alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile?
Würde Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich besser dastehen?
Bedeutung des Euros und der Euro-Zone für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands
Welches Land birgt derzeit das größte Risiko für die Euro-Zone?
EU nach dem Brexit
Ausgleich des Etats der Europäischen Union nach dem Brexit durch -
 Beitragserhöhung der EU-Mitgliedsländer?

Deutschland in der EU	
Größe des Einflusses in der EU -	
• von Deutschland	19
• von Bundeskanzlerin Angela Merkel	20
Veränderung des deutschen Einflusses in den letzten zwei, drei Jahren	21
Zufriedenheit mit der Interessensvertretung Deutschlands durch die Bundesregierung in der EU	22
Profitiert Deutschland von seiner EU-Mitgliedschaft?	23
Ist die Mitgliedschaft in der EU für die Zukunft Deutschlands von Vorteil?	24
Europäische Flüchtlingspolitik Sanktionen gegenüber EU-Ländern mit geringer Bereitschaft zur Aufnahme von	
Flüchtlingen?	25
Europäische Regelung versus Länderautonomie bei Flüchtlingskontingenten?	26
Können die EU-Außengrenzen wirkungsvoll gegen unkontrollierte Zuwanderung geschützt werden?	
Bemühungen um eine gemeinsame Lösung der Flüchtlingssituation	28
Zukunft der Europäischen Union	
Sind grundlegende politische Reformen in der EU notwendig?	29
Kommt es zu grundlegenden Reformen in der EU?	30
Bereiche, in denen die EU-Mitgliedsländer stärker zusammenarbeiten sollten31	a-c

<u>ANHANG</u>

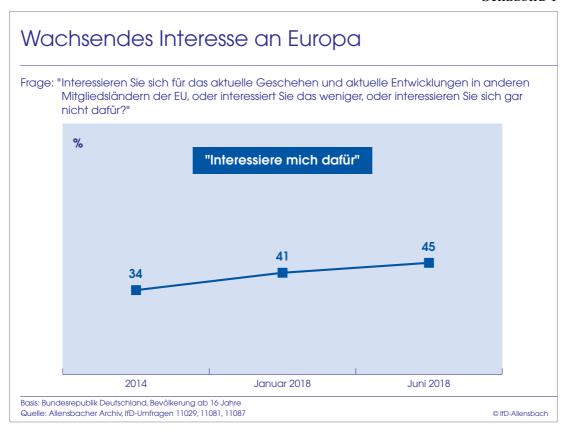
Untersuchungsdaten Statistik der befragten Personengruppen Fragenbogenauszug mit Anlagen

ANZEICHEN EINER VERUNSICHERUNG

Die deutsche internationalen Vergleich Bevölkerung ist im politisch überdurchschnittlich interessiert und informiert und reagiert entsprechend auf Ereignisse und Probleme mit steigendem Interesse Bewertungsänderungen. Beides ist zurzeit in Bezug auf Europa zu beobachten. Europa hat zurzeit viele Themen und Unsicherheiten, von den zähen Brexit-Verhandlungen über die veränderte Situation in Italien bis zu den Schwierigkeiten, sich bei der Flüchtlings- und Migrationspolitik zu einigen.

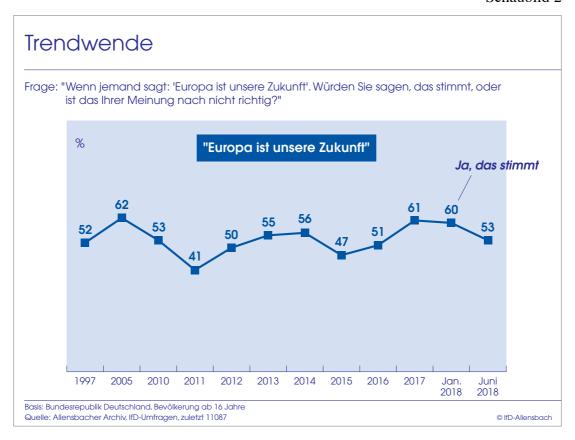
All dies trägt dazu bei, dass die Bürger die Entwicklung in anderen Mitgliedsländern mit wachsender Aufmerksamkeit verfolgen. Vor vier Jahren interessierte sich nur ein Drittel der Bevölkerung für die Entwicklung in anderen Mitgliedsländern, Anfang 2018 41 Prozent, aktuell 45 Prozent.

Schaubild 1



Das gestiegene Interesse geht nicht auf wachsende Begeisterung für die europäische Idee zurück, sondern ist eher ein Zeichen von Verunsicherung durch die veränderten Rahmenbedingungen in Europa. Der Anteil der Bevölkerung, der sich ohne Einschränkung überzeugt zeigt, dass Europa, der europäische Verbund, die Zukunft ist, hat sich im ersten Halbjahr von 60 auf 53 Prozent verringert.

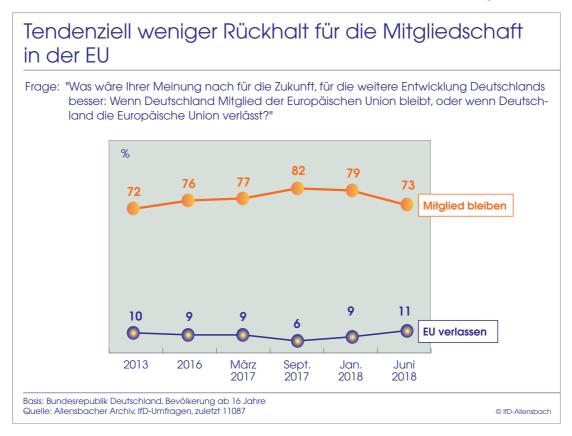
Schaubild 2



Im selben Zeitraum hat sich auch der Rückhalt für die Mitgliedschaft in der EU wieder zurückgebildet. Nach dem Votum der Briten, aus der EU auszuscheiden, war dieser Rückhalt in Deutschland auf dem Höhepunkt: Im Spätsommer 2017 waren 82 Prozent der gesamten Bevölkerung überzeugt, dass es für die weitere Entwicklung Deutschlands gut ist, wenn Deutschland Mitglied der Europäischen Union bleibt. Lediglich 6 Prozent favorisierten zu diesem Zeitpunkt den Ausstieg aus der EU. Aktuell sind noch 73 Prozent überzeugt, dass die Mitgliedschaft in der EU für eine gute Zukunft des Landes eine wesentliche Voraussetzung ist – der niedrigste Wert seit

2013. 11 Prozent der Bevölkerung präferieren den Ausstieg Deutschlands; am größten ist der Rückhalt für die Mitgliedschaft unter den Anhängern der Regierungsparteien und von Bündnis 90/Die Grünen, unterdurchschnittlich dagegen bei den Anhängern der Linken, der FDP und vor allem der AfD, von denen eine relative Mehrheit für einen Austritt aus der EU votiert.¹

Schaubild 3



Auch der Kreis, der großes Vertrauen in die EU setzt, hat sich in den letzten Monaten von 40 auf 35 Prozent verringert. Diejenigen, die sich für Europapolitik interessieren, setzen weitaus mehr Vertrauen in die EU als die Desinteressierten. Vor allem hängt das Vertrauen in die Europäische Union jedoch davon ab, ob sie als Verbund von Staaten gesehen wird, in denen Gemeinsamkeiten überwiegen oder Gegensätze und unterschiedliche Interessen dominieren. Von denjenigen, die überwiegend von

3

¹ Vgl. dazu Tabellenanhang, Tabelle 24.

Gegensätzen und unterschiedlichen Interessen ausgehen, bekunden lediglich 21 Prozent Vertrauen in die EU, dagegen von denjenigen, die überzeugt sind, dass die Mitgliedsstaaten in hohem Maße durch gemeinsame Interessen verbunden sind, dagegen 66 Prozent.

Schaubild 4

age: "Wie viel Vertrauen haben S	Sie zur Europö	äischen Unic	on? Würden Sie sag	gen"	
	Januar 2018	Juni 2018		überzeugt sind, n der EU –	
	%	%	Gemeinsam- keiten über- wiegen %	divergierende Interessen überwiegen %	
"sehr großes Vertrauen"	3	5	12	1	
"großes Vertrauen"	37	30	54	20	
"nicht so großes Vertrauen"	41	45	25	53	
"kaum, gar kein Vertrauen"	10	12	1	20	
Unentschieden	9	8	8	6	
	100	100	100	100	

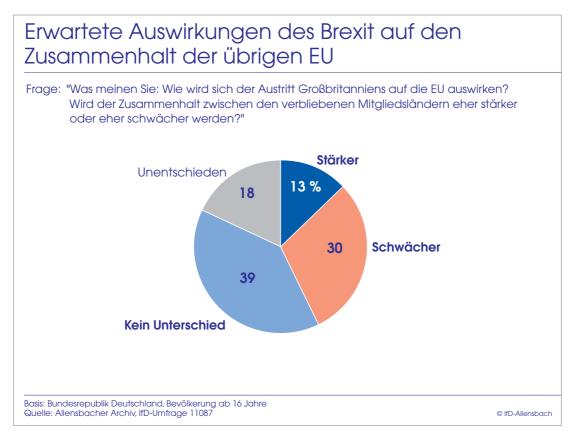
Die zunehmende Skepsis hat verschiedene Ursachen. Eine davon ist die wachsende Besorgnis über Italien. Die Mehrheit der Bevölkerung ist überzeugt, dass der Ausgang der italienischen Wahlen für die EU wachsende Risiken mit sich bringt. 55 Prozent der Bevölkerung sehen in diesem Zusammenhang große oder sogar sehr große Risiken für die EU, lediglich 5 Prozent keinerlei Risiken. Mittlerweile ist Italien auch das größte Sorgenkind der Bürger, wenn sie an die Stabilität der Euro-Zone denken. Zwar haben sich gegenläufig die Sorgen über Griechenland vermindert; Italien beunruhigt

¹ IfD-Umfrage 11087, Juni 2018.

die Bevölkerung jedoch aufgrund seines Gewichtes in Europa und der Euro-Zone mehr als das relativ kleine Griechenland.¹

Der bevorstehende Austritt Großbritanniens aus der EU beunruhigt die Bevölkerung zwar weniger als die Entwicklungen in Italien. Immerhin 30 Prozent der Bevölkerung gehen jedoch mittlerweile davon aus, dass sich der Austritt Großbritanniens negativ auf die EU auswirken wird und den Zusammenhalt zwischen den verbleibenden Ländern eher schwächen wird. Lediglich 13 Prozent gehen von einem stärkeren Zusammenhalt aus, 39 Prozent von einem stabilen Verbund.

Schaubild 5

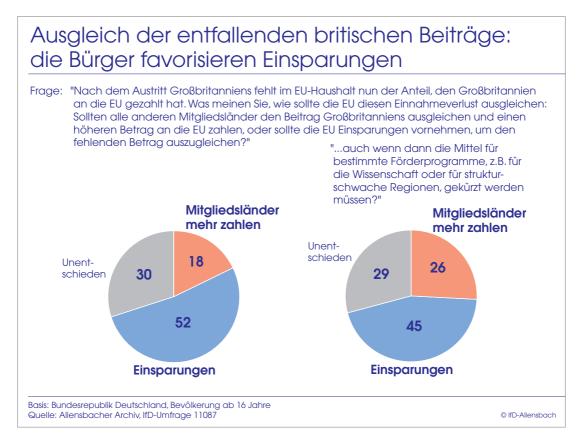


Die Frage, wie die EU den Einnahmeverlust nach dem Ausscheiden Großbritanniens ausgleichen sollte, wird von der Mehrheit der Bürger eindeutig beantwortet: 52

¹Vgl. dazu Kapitel "Verunsicherung durch Italien", S. 8f.

Prozent fordern Einsparungen der EU, lediglich 18 Prozent votieren dafür, dass die verbliebenen Mitgliedsländer ihre Beiträge erhöhen sollten. Dieses Meinungsbild verschiebt sich nur begrenzt, wenn auf die Nachteile von Einsparprogrammen aufmerksam gemacht wird. So votieren 45 Prozent auch dann für Einsparungen, wenn dann Mittel für bestimmte Förderprogramme wie für die Wissenschaft oder für strukturschwache Regionen gekürzt werden müssen. 26 Prozent entschließen sich angesichts dieser Konsequenzen für die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge.

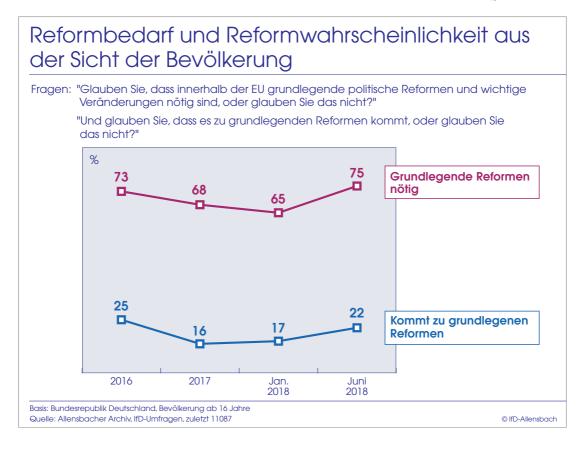
Schaubild 6



Mit dem Ausscheiden Großbritanniens verlässt ein Mitgliedsland die EU, das in den letzten Jahren immer vehement grundlegende Reformen angemahnt hatte. In Deutschland ist die überwältigende Mehrheit überzeugt, dass die EU grundlegende politische Reformen braucht. Diese Überzeugung ist in den letzten Monaten wieder signifikant angestiegen. Zwischen 2016 und Anfang 2018 war diese Überzeugung langsam von 73 auf 65 Prozent zurückgegangen, ist jedoch in den letzten Monaten

wieder auf 75 Prozent angestiegen. Auch die Erwartung, dass es tatsächlich zu grundlegenden Reformen kommen wird, ist wieder tendenziell angestiegen; dieser Optimismus ist jedoch nach wie vor die Haltung einer kleinen Minderheit: Lediglich 22 Prozent der Bevölkerung erwarten, dass sich die Mitgliedsländer auf grundlegende Reformen einigen können.

Schaubild 7



VERUNSICHERUNG DURCH ITALIEN

Die überwältigende Mehrheit der Bürger ist stabil überzeugt, dass die ökonomische Entwicklung Deutschlands in hohem Maße davon abhängt, ob die Währungsunion erhalten bleibt. 2013 waren davon 68 Prozent überzeugt, 2015 70 Prozent, aktuell 72 Prozent. Der Anteil der Bevölkerung, der davon ausgeht, dass die ökonomische Zukunft Deutschlands in keiner Weise mit der Zukunft der Euro-Zone verbunden ist, macht gerade einmal 4 Prozent aus.

Schaubild 8

ige:	"Wie wichtig es es Ihrer Meinun Deutschlands, dass der Euro u weitere wirtschaftliche Entwick	nd die Euro-Zone bes	stehen bleibe	
		2013	2015	2018
		%	%	%
	"sehr wichtig"	24	25	32
	"wichtig"	44	45	40
	"weniger wichtig"	16	14	13
	"gar nicht wichtig"	5	5	4
	Unentschieden	11	11	11
		100	100	100

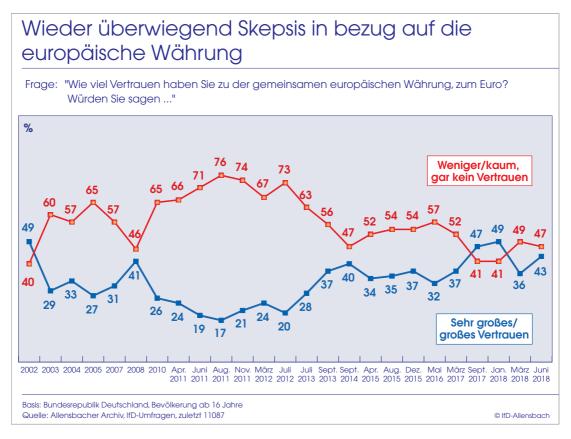
Die Bürger sehen jedoch durchaus Risiken für die Euro-Zone, die in erster Linie mit den hoch verschuldeten Ländern zu tun haben. Noch vor drei Jahren richtete sich die Besorgnis der Bevölkerung fast ausschließlich auf Griechenland, das auch noch vor einem Jahr von der Hälfte der Bevölkerung als größtes Risiko für die Stabilität der Euro-Zone eingeschätzt wurde. Mittlerweile hat sich die Einschätzung grundlegend

verändert: als Hauptrisiko sehen viele Italien, mit einigem Abstand gefolgt von Griechenland. 45 Prozent der Bevölkerung sind mittlerweile überzeugt, dass von Italien das größte Risiko für die Euro-Zone ausgeht, während nur noch 29 Prozent die größten Risiken mit Griechenland verbinden.

Schaubild 9

e: "Von welchem Land geht Ihrer Me Zone aus: Von Griechenland, Spar				
	2015	2017	2018	
	%	%	%	
Italien	7	12	45	
Griechenland	81	48	29	
Spanien	6	6	4	
Frankreich	4	13	3	
Anderes Land	4	10	9	
Unentschieden	12	23	22	

Die Entwicklungen in Italien im Vorfeld und nach der Wahl haben auch den Anstieg des Vertrauens in die europäische Währung wieder ausgebremst. 2017 und auch noch zum Jahresbeginn 2018 überstieg das Vertrauen in die europäische Währung erstmals seit 2002 wieder die Skepsis. Diese Entwicklung endete bereits im März diesen Jahres: seither überwiegt wieder die Skepsis gegenüber der europäischen Währung. Aktuell bekunden 43 Prozent der Bevölkerung großes Vertrauen in den Euro, während sich 47 Prozent skeptisch äußern.



Die Verunsicherung zeigt sich auch in der Einschätzung, ob Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich besser oder schlechter dastehen würde. Seit Januar ist die Überzeugung, dass Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich besser dastehen würde, von 17 auf 25 Prozent angestiegen, während die Einschätzung, dass Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich schwächer wäre, von 33 auf 22 Prozent zurückgegangen ist. Insgesamt zeigt sich nach wie vor, dass die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung zwar den Erhalt der Währungsunion für außerordentlich wichtig hält, gleichzeitig aber die Antriebskräfte durch den relativ schwachen Euro, von dem die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren immens profitiert hat, unterschätzt.

Schaubild 11

Größerer wirtschaftlicher Erfolg mit oder ohne Euro?

Frage: "Wie sehen Sie das, würde Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich besser dastehen, oder schlechter, oder in etwa genauso gut?"

	2011	2013	2014	2015	Januar 2018	Juni 2018
	%	%	%	%	%	%
Würde besser dastehen	40	31	22	26	17	25
Würde schlechter dastehen	15	25	24	28	33	22
Genauso gut	29	22	33	27	33	36
Unentschieden, weiß nicht	16	22	21	19	17	17
	100	100	100	100	100	100

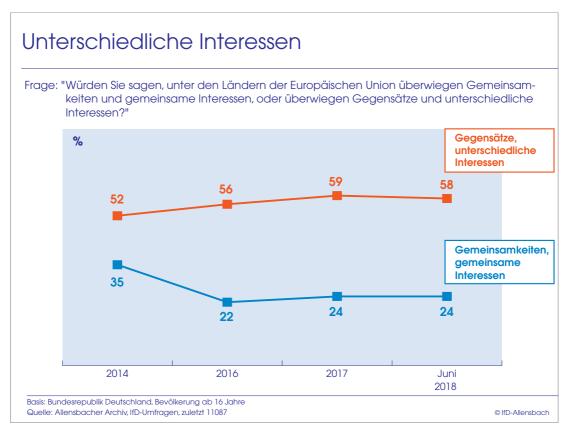
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11087

© IfD-Allensbach

<u>DAS MIGRATIONSTHEMA – EINE ANDAUERNDE QUELLE VON DISSENS</u> IN EUROPA

Die Mehrheit der Bevölkerung ist seit Langem überzeugt, dass in der EU unterschiedliche Interessen und gegensätzliche Positionen der Mitgliedsländer dominieren. Nach 2015 hat sich dieser Eindruck weiter verstärkt. Waren 2014 52 Prozent überzeugt, dass in der EU vor allem unterschiedliche Interessen und Positionen aufeinandertreffen, sind es aktuell 58 Prozent. Der Anteil der Bevölkerung, der überzeugt ist, dass Gemeinsamkeiten und gemeinsame Interessen überwiegen, hat sich von 35 auf 24 Prozent verringert. Dieses Meinungsbild ist seit 2016 weitgehend stabil.

Schaubild 12



Dabei hält die Bevölkerung in vielen Bereichen eine engere Kooperation der Mitgliedsländer für notwendig. Das gilt vor allem für die Flüchtlingspolitik, aber auch

beim Kampf gegen organisierte Kriminalität und Terror, im Umweltschutz, in der Außen- und Verteidigungspolitik, beim Umgang mit Korruption und beim Einsatz für Menschenrechte. Die Trendanalyse lässt allerdings erkennen, dass eine engere Zusammenarbeit in einigen Bereichen heute für weniger vordringlich gehalten wird als noch vor ein oder zwei Jahren. Das gilt insbesondere für den Einsatz für Menschenrechte, die Energiepolitik, den Datenschutz sowie die Wirtschafts- und Steuerpolitik, aber auch für den Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit und die Gesundheitspolitik. 2016 hielten es noch 63 Prozent der Bürger für wünschenswert, dass die Mitgliedsländer beim Datenschutz enger kooperieren, aktuell noch 47 Prozent. Eine engere Kooperation in der Energiepolitik wünschten 2016 61 Prozent, aktuell noch 48 Prozent, ein besser abgestimmtes Vorgehen beim Einsatz für Menschenrechte 2016 65 Prozent, jetzt 53 Prozent.

Schaubild 13

r weniger vordringlich gehalge: "Hier auf der Liste stehen verschiedene Bereiche dieser Bereiche sollten die Mitgliedsländer der l	e. Was würden	Sie sagen: I	
	2016	2017	2018
	%	%	%
Beim Einsatz für Menschenrechte	65	56	53
In der Energiepolitik	61	55	48
Beim Datenschutz	63	55	47
Beim Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit	49	45	39
In der Wirtschaftspolitik	47	37	36
In der Gesundheitspolitik	39	34	32
In der Steuerpolitik	42	34	31

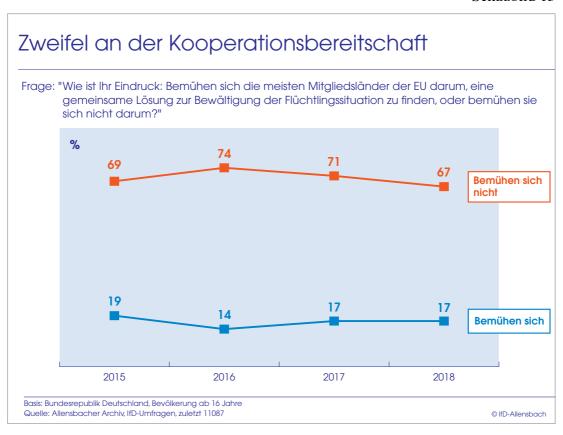
Auf der anderen Seite gibt es jedoch Felder, bei denen die überwältigende Mehrheit stabil überzeugt ist, dass die Mitgliedsländer ihre Kooperation vertiefen müssten. Das gilt insbesondere für die Flüchtlingspolitik, bei der 89 Prozent der Bevölkerung eine engere Kooperation wünschen, sowie bei dem Kampf gegen organisierte Kriminalität und Terror, die knapp 80 Prozent für notwendig halten. In der Außenpolitik wünschen knapp zwei Drittel eine engere Kooperation und Abstimmung, in der Verteidigungspolitik 55 Prozent.

Mehr Kooperation vor allem bei der Migrationspolitik und bei der Bekämpfung von Kriminalität und Terror gewünscht

Frage: "In welchen dieser Bereiche sollten die Mitgliedsländer der EU stärker zusammenarbeiten?" 89 % In der Flüchtlingspolitik Beim Kampf gegen organisierte 79 Kriminalität 77 Bei der Terrorabwehr 67 Beim Umweltschutz 64 In der Außenpolitik 56 Beim Umgang mit Korruption 55 In der Verteidigungspolitik 53 Beim Einsatz für Menschenrechte 48 In der Energiepolitik 47 Beim Datenschutz Beim Schutz der Meinungs- und 39 Pressefreiheit 37 In der Bildungspolitik 36 In der Wirtschaftspolitik 34 In der Sozialpolitik 32 In der Gesundheitspolitik 31 In der Steuerpolitik Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre © IfD-Allensbach Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11087

Gerade auf dem Politikfeld, auf dem die Bürger zurzeit mehr als auf jedem anderen eine engere Kooperation für notwendig halten, ist die große Mehrheit jedoch skeptisch, ob ein engerer Schulterschluss gelingen kann. 89 Prozent halten es für notwendig, dass die Mitgliedsländer in der Flüchtlingspolitik enger kooperieren; lediglich 17 Prozent haben jedoch den Eindruck, dass sich die meisten Mitgliedsländer der EU darum bemühen, eine gemeinsame Lösung zur Bewältigung dieser Herausforderung zu finden. 67 Prozent bezweifeln hier den guten Willen und die Motivation der Mehrheit der Mitgliedsstaaten; dies bedeutet zwar eine tendenzielle Verbesserung gegenüber 2016, aber eben nur eine tendenzielle: 2016 waren 74 Prozent skeptisch, ob sich die meisten Mitgliedsländer um eine gemeinsame Lösung bemühen, 2017 71 Prozent aktuell rund zwei Drittel.

Schaubild 15



Generell wird die Solidarität und der Zusammenhalt zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union von der großen Mehrheit kritisch gesehen, lediglich jeder Vierte hält die Solidarität und den Zusammenhalt zwischen den Mitgliedsländern für groß, zwei Drittel dagegen für eng begrenzt. Auch hier ist eine Verbesserung der Bilanz festzustellen, aber keine grundlegend andere Bewertung des Zusammenhalts in der Europäischen Union.

Schaubild 16

age: "Wie ist Ihr Eindruck: Wie zwischen den Mitglieds Zusammenhalt ist"				
		2015	2016	2018
		%	%	%
"sehr groß"		1	1	1
"groß"		21	12	24
"weniger groß"		57	62	58
"kaum bzw. gar nicht v	orhanden"	11	17	9
Unentschieden, keine A	ngabe	10	8	8
		100	100	100

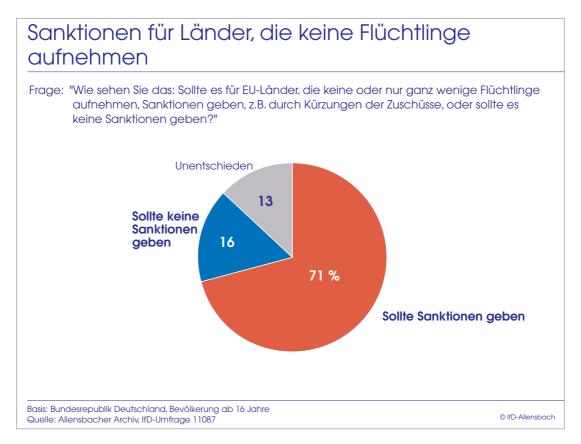
Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ist seit Längerem überzeugt, dass das Flüchtlingsthema wie das gesamte Thema Migration nur europäisch geregelt werden kann. Die Mehrheit plädiert auch nach wie vor für europäische Vereinbarungen über die Zahl der Flüchtlinge, die jedes EU-Land aufnimmt. Allerdings hat die Position, dass jedes Land dies für sich regeln sollte, in den letzten zwei Jahren wieder tendenziell an Unterstützung gewonnen. 2016 hielten es lediglich 16 Prozent der Bevölkerung für wünschenswert, dass einzelne Länder der EU diese Frage für sich

entscheiden, jetzt 23 Prozent. Gegenläufig hat sich die Unterstützung für gemeinsame europäische Vereinbarungen, wieviel Flüchtlinge jedes Land aufnehmen sollte, von 80 auf 70 Prozent verringert. Trotz dieser Veränderungen ist das Meinungsbild nach wie vor eindeutig: Die überwältigende Mehrheit ist überzeugt, dass es einen europäischen Verteilschlüssel geben müsste.

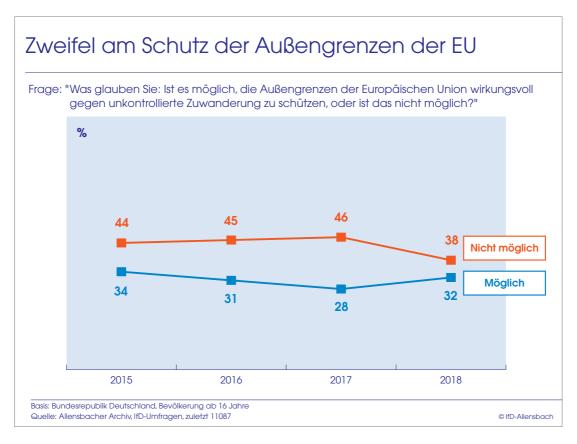
Schaubild 17

age: "Sollte Ihrer Meinung nach europäisch g EU-Land aufnimmt, oder sollten das die entscheiden?"			
	2015	2016	2018
	%	%	%
Europäisch regeln	75	80	70
Einzelne Länder für sich	16	16	23
Unentschieden, keine Angabe	9	4	7
	100	100	100
	100	100	100

Gleichzeitig plädieren auch gut 70 Prozent dafür, EU-Länder, die keine oder nur wenige Flüchtlinge aufnehmen, zu sanktionieren und ihnen beispielsweise Zuschüsse zu kürzen. Lediglich 16 Prozent der Bevölkerung votieren dagegen. Die Mehrheit der Bevölkerung nimmt den hinhaltenden Widerstand eines Teils der europäischen Mitgliedsländer sehr aufmerksam zur Kenntnis und hat in mehreren Befragungen auch ihr Unverständnis für diese Position zu Protokoll gegeben.



Die Themen Flucht und Migration werden die Europäische Union auf absehbare Zeit begleiten. Gerade die letzten Wochen haben gezeigt, dass selbst eine deutliche Reduzierung der Flüchtlingszahlen die Brisanz des Themas nicht entschärft. Die große Mehrheit der Bevölkerung zweifelt auch oder ist zumindest unsicher, ob es überhaupt gelingen kann, die Außengrenzen der EU wirkungsvoll gegen unkontrollierte Zuwanderung zu schützen. 38 Prozent sind überzeugt, dass dies nicht möglich ist, lediglich 32 Prozent halten einen wirksamen Schutz der Außengrenzen für möglich. Auch hier ist seit 2017 eine begrenzte Veränderung der Einschätzung der Bürger festzustellen: 2017 waren noch 46 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass ein Schutz der Außengrenzen außerhalb des Möglichen liegt, jetzt 8 Prozentpunkte weniger. Das Zutrauen, dass ein wirksamer Schutz gelingen kann, ist jedoch schwächer, nämlich lediglich um 4 Prozentpunkte angestiegen.

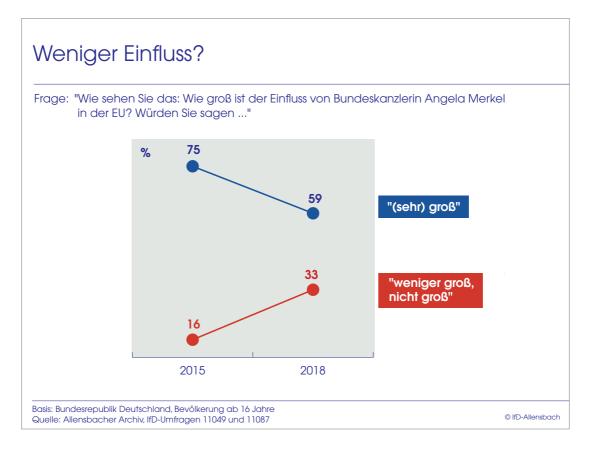


Der Kurs der neuen italienischen Regierung, aber auch der anderer Mitgliedsländer der EU, wird dazu beitragen, dass sowohl der Schutz der Außengrenzen wie generell die Regelung von Migration und die Herausforderungen der Integration die Debatten auf absehbare Zeit wesentlich bestimmen werden.

SCHWÄCHERE DEUTSCHE POSITION IN DER EU?

Die Schwierigkeiten, sich mit anderen Mitgliedsländern auf eine gemeinsame Linie in der Migrationspolitik zu verständigen wie auch die Initiativen des französischen Präsidenten Macron zugunsten von Reformen in der EU haben dazu beigetragen, dass der Einfluss der Kanzlerin in Europa heute von der Bevölkerung geringer eingeschätzt wird als noch vor wenigen Jahren. 2015, vor der Eskalation der Flüchtlingskrise, stuften 75 Prozent den Einfluss der Bundeskanzlerin in der EU als groß oder sehr groß ein, aktuell noch 59 Prozent. Gegenläufig ist die Einschätzung, dass ihr Einfluss begrenzt ist, von 16 auf 33 Prozent angestiegen.

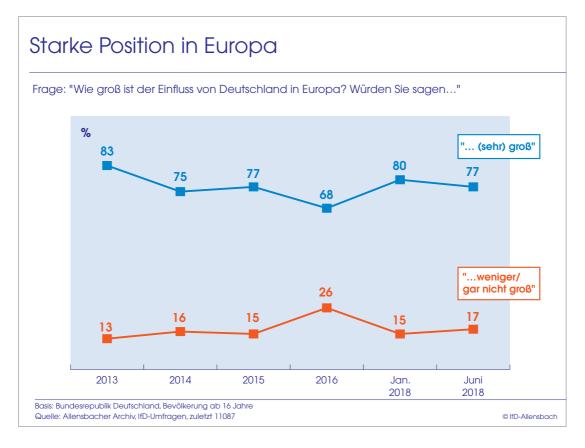
Schaubild 20



Dies bedeutet jedoch nicht, dass der Einfluss Deutschlands von der Bevölkerung zunehmend gering veranschlagt wird. Der überwältigenden Mehrheit ist bewusst, dass das größte Land und die größte Volkswirtschaft der Europäischen Union zwangsläufig

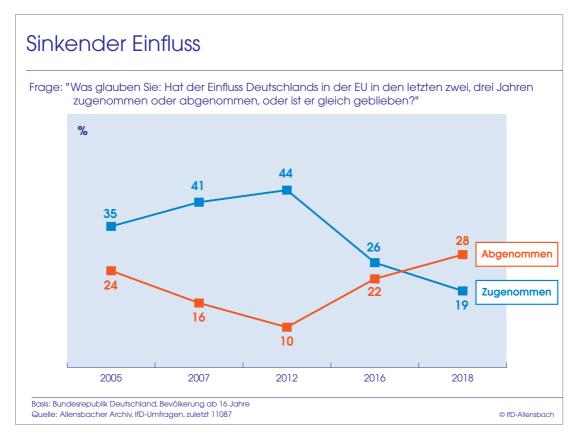
in Europa großen Einfluss hat. An dieser Einschätzung hat sich auch in den letzten Jahren nur wenig geändert. 77 Prozent der Bevölkerung halten den Einfluss Deutschlands in Europa auch heute für groß oder sehr groß, lediglich 17 Prozent für begrenzt. Lediglich 2016, nach der Eskalation der Flüchtlingskrise, wurde der Einfluss Deutschlands in Europa vorübergehend tendenziell geringer eingeschätzt; auch damals waren jedoch 68 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass Deutschland in Europa eine außerordentlich starke Position hat.

Schaubild 21



Allerdings wächst der Anteil der Bevölkerung, der davon ausgeht, dass der deutsche Einfluss eher schwächer wird. 2012 hatten lediglich 10 Prozent der Bevölkerung den Eindruck, dass der Einfluss Deutschlands in der EU in den vorherigen zwei, drei Jahren abgenommen hat, 2016 22 Prozent, aktuell 28 Prozent. Gegenläufig ist die Überzeugung, dass der deutsche Einfluss in Europa immer stärker wird, von 44 auf 19 Prozent zurückgegangen.

Schaubild 22



Parallel ist die Zufriedenheit mit der Vertretung deutscher Interessen in der Europäischen Union in den letzten 12 Monaten signifikant zurückgegangen. 2017 waren noch 52 Prozent der Bevölkerung mit der Vertretung der nationalen Interessen in der Europäischen Union zufrieden, aktuell nur noch 41 Prozent. Der Kreis der Unzufriedenen ist im Gegenzug von 34 auf 48 Prozent angewachsen. Dabei fällt ein enger Zusammenhang mit dem politischen Interesse auf: Von den an Europapolitik Interessierten sind 53 Prozent mit der Vertretung der Interessen zufrieden, von den Desinteressierten lediglich jeder Dritte. Das normale Muster, dass Desinteressierte signifikant weniger überhaupt ein Urteil fällen, trifft bei dieser Frage nicht zu. Vielmehr äußern sich die Desinteressierten ausgesprochen kritisch über die Interessenvertretung in Europa: 37 Prozent der Interessierten, aber 55 Prozent der Desinteressierten, sind mit der Art und Weise, wie die Bundesregierung die Interessen

Deutschlands in der Europäischen Union vertritt, weniger oder überhaupt nicht zufrieden.¹

Schaubild 23



¹ Vgl. Tabellenanhang, Tabelle 23.

<u>WEITGEHEND STABILE VORSTELLUNGEN VON DEM EUROPÄISCHEN</u> WERTEKANON

Die Bevölkerung hat klare Vorstellungen von dem europäischen Wertekanon. Dieser Kanon wird vor dem Hintergrund der Entwicklungen in vielen außereuropäischen Ländern zunehmend eindrucksvoller. Europäische Werte, das sind für die Bevölkerung vor allem Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit, Achtung der Menschenwürde, individuelle Freiheit, Religionsfreiheit, Weltoffenheit, Toleranz und die Gleichberechtigung von Frauen. Bemerkenswert ist allerdings auch, welche Werte nur von einer Minderheit dem europäischen Wertekanon zugeschrieben werden. Das sind der christliche Glaube und christliche Werte, Leistungsbereitschaft, soziale Gerechtigkeit, große Bedeutung der Familie und der Verzicht auf staatliche Lenkung in der Wirtschaft.

Seit 2017 haben sich die Vorstellungen von dem europäischen Wertekanon nur in einzelnen Dimensionen signifikant verändert. Das gilt für individuelle Freiheit und Gleichberechtigung von Frauen, die heute stärker dem europäischen Wertekanon zugerechnet werden als noch 2017. Im letzten Jahr rechneten 53 Prozent der Bevölkerung individuelle Freiheit, die Chance, sich selbst zu verwirklichen, zu den zentralen europäischen Werten, aktuell 60 Prozent. Die Gleichberechtigung von Frauen wurde 2017 von 49 Prozent zu den zentralen europäischen Werten gerechnet, jetzt von 55 Prozent. Noch stärker ist das freie Unternehmertum als Merkmal europäischer Werte nach vorne gerückt: 2017 zählten lediglich 37 Prozent der Bevölkerung freies Unternehmertum zu den zentralen europäischen Werten, jetzt 46 Prozent.

Dem stehen jedoch einige Werte gegenüber, die heute von einem geringeren Anteil der Bevölkerung dem europäischen Wertekanon zugerechnet werden. Dazu zählen Weltoffenheit und Achtung der Menschenwürde, vor allem aber soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit. Gerade der letzte Aspekt ist bemerkenswert: 2017 zählte noch die Mehrheit der Bevölkerung Rechtsstaatlichkeit, Verlässlichkeit der Gesetze zu den zentralen europäischen Werten, aktuell noch 46 Prozent. Dieser Rückgang ist bemerkenswert, allerdings nicht erstaunlich, führt man sich die Diskussionen über die

Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit in einzelnen europäischen Mitgliedsstaaten vor Augen.

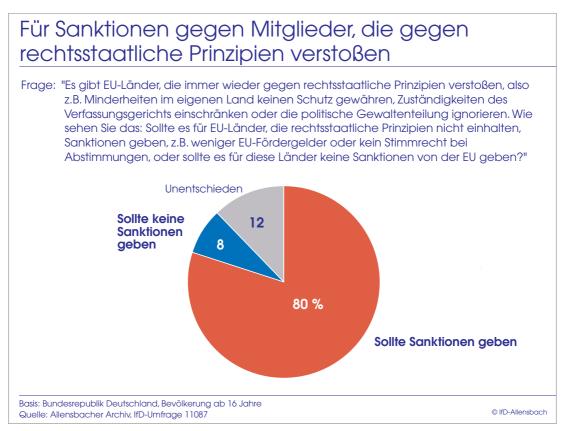
Schaubild 24

Vorstellungen von dem europäischen Wertekanon

Frage: "Was würden Sie sagen, was von dieser Liste sind europäische Werte, also Werte, die Sie mit Europa verbinden?" 2018 2017 74 Demokratie **72** Meinungsfreiheit, Pressefreiheit 68 68 Achtung der Menschenwürde 64 60 Freiheit des Einzelnen, dass sich jeder selbst 53 60 verwirklichen kann 59 Religionsfreiheit 60 Weltoffenheit 60 55 Gleichberechtigung von Frauen 49 55 Toleranz 53 50 Rechtsstaatlichkeit, dass man sich auf 54 46 Gesetze verlassen kann Freies Unternehmertum 37 46 Schutz von Privateiaentum 41 41 Verantwortungsgefühl für die Schwächeren der Gesellschaft 38 40 Umweltbewusstsein 40 36 Schutz der Privatspäre 38 36 Schutz von Minderheiten 36 35 Christlicher Glaube, christliche Werte 38 33 34 Leistungsbereitschaft 33 40 Soziale Gerechtigkeit 32 Familiensinn, große Bedeutung der Familie 27 28 Dass der Staat nicht in die Wirtschaft eingreift 14 18 (Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11071, 11087 © IfD-Allensbach

Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung plädiert dafür, gegenüber Mitgliedsstaaten der EU, die gegen wesentliche rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen – beispielsweise die politische Gewaltenteilung ignorieren oder aufheben, Zuständigkeiten des Verfassungsgerichts einschränken oder Minderheiten im eigenen Land keinen Schutz gewähren – Sanktionen zu verhängen. 80 Prozent finden, dass es in diesen Fällen Sanktionen geben sollte, lediglich 8 Prozent sprechen sich dagegen aus.

Schaubild 25



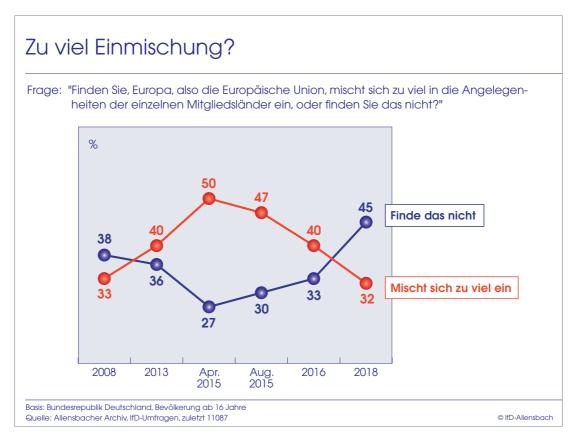
Bei der großen Mehrheit ist diese Position auch fest gefügt, aber keineswegs bei allen, die sich zunächst für Sanktionen aussprechen. Wenn diese Frage streitig gestellt wird und argumentiert wird, dass es doch letztlich auch um innere Angelegenheiten der Länder gehe, sprechen sich immerhin 21 Prozent der Bevölkerung für die Freiheit der Mitgliedsländer aus, auch rechtsstaatliche Prinzipien einzuschränken. Die

Unterstützung für Sanktionen geht unter dem Eindruck dieses Arguments auf 62 Prozent zurück.

Schaubild 26

Frage: "Es gibt EU-Länder, die immer wieder gegen rechtsstaatlich z.B. Minderheiten im eigenen Land keinen Schutz gewähre Verfassungsgerichts einschränken oder die politische Gew Darüber unterhalten sich hier zwei. Welcher von beiden sa denken, der Obere oder der Untere?"	en, Zuständigkeiten des raltenteilung ignorieren.
donkon, dei obere oder dei omere:	Bevölkerung
	insgesamt %
"Ich finde, dass es von der EU Sanktionen geben sollte für Mitgliedsländer, die gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen, z.B. weniger EU-Fördergelder oder kein Stimmrecht bei Abstimmungen."	62
"Das sehe ich anders. Dabei geht es oft um Dinge, die die inneren Angelegenheiten der Länder betreffen. Die EU-Mitgliedsstaaten sollten die Freiheit haben, rechtsstaatliche Prinzipien einzuschränken, ohne dass die EU dagegen vorgeht."	21

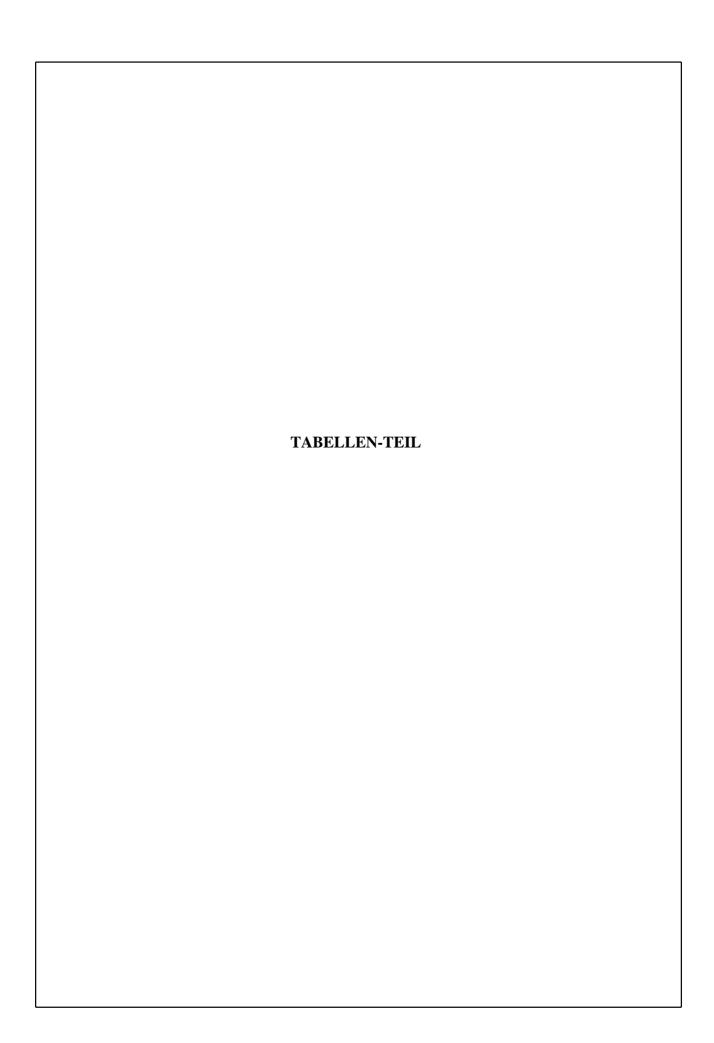
Die Bevölkerung nimmt auch durchaus wahr, dass die Möglichkeiten der EU begrenzt sind, Mitgliedsländer in solchen Fällen zu beeinflussen. Dies mag dazu beitragen, dass die Überzeugung, dass sich die Europäische Union zu viel in die Angelegenheiten der einzelnen Mitgliedsländer einmischt, weiter auf dem Rückzug ist. 2015 war noch die Hälfte der Bevölkerung davon überzeugt, 2016 40 Prozent, aktuell 32 Prozent. Die Position, dass von einer überbordenden Einmischung der Europäischen Union in die Angelegenheiten der einzelnen Mitgliedsländer nicht die Rede sein kann, hat seit 2016 von 33 auf 45 Prozent zugenommen.



Es wäre jedoch ein Menetekel für die Europäische Union, wenn Rechtsstaatlichkeit künftig immer weniger als ein Wert angesehen würde, auf den sich die verschiedenen europäischen Staaten verständigen können. Insgesamt ist der europäische Wertekanon, so wie ihn die deutsche Bevölkerung wahrnimmt, außerordentlich eindrucksvoll und geeignet, stärker einen Stolz auf die europäische Identität zu entwickeln. Allerdings fehlen dazu in der öffentlichen Diskussion weitgehend die Bemühungen und Ansätze.

Allensbach am Bodensee, am 25. Juli 2018

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH



TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN

Basis der folgenden Tabellen sind in der Regel alle Befragten. Sofern eine Frage nur an eine Teilgruppe der Befragten gerichtet war oder in der Tabelle nur für eine bestimmte Teilgruppe ausgewiesen wurde, ist diese Teilgruppe oberhalb der Tabelle und des Fragetextes ausgewiesen.

Prozentsumme

Die vorliegende Zusammenstellung kann Tabellen enthalten, bei denen die Summe der Prozentzahlen mehr als 100,0 ergibt; dieser Fall tritt ein, wenn auf eine Frage mehrere Antworten nebeneinander gegeben werden konnten. Daneben addieren in einigen Fällen die Ergebnisse auf wenige Zehntelprozent unter oder über 100,0 Prozent. Diese Differenzen sind auf Ab- bzw. Aufrundungen zurückzuführen, die vom Analyseprogramm im Endergebnis nicht ausgeglichen werden.

In den Computertabellen werden einige Bezeichnungen verwendet, deren Bedeutung nachfolgend erklärt wird.

Das Zeichen "-"

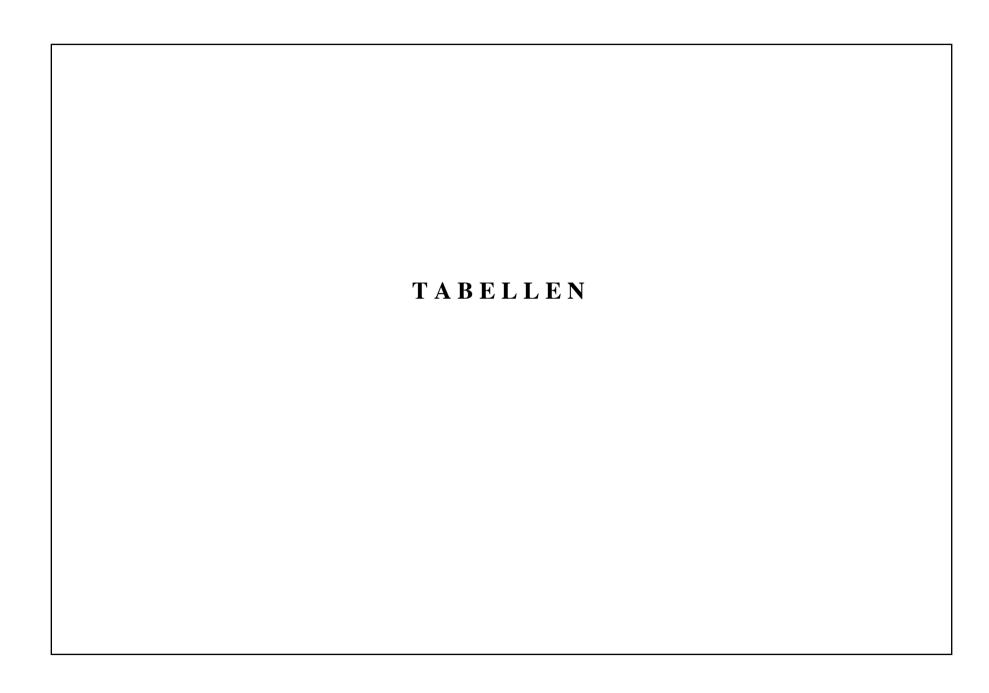
"-" in den Tabellen bedeutet, dass von keinem Befragten eine entsprechende Angabe gemacht wurde.

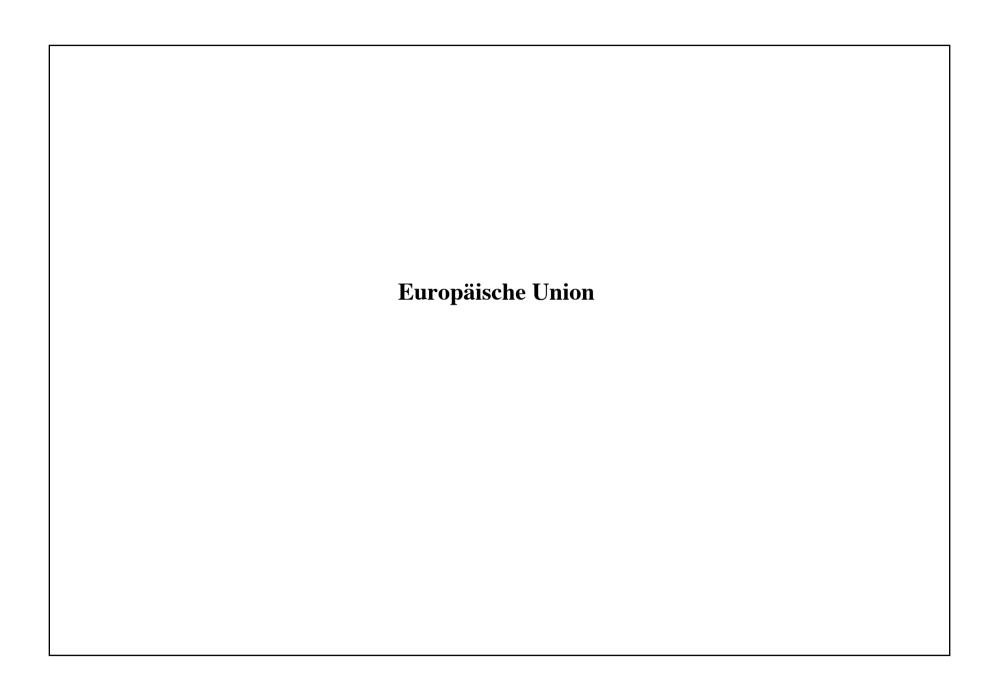
Gewichtete Basis

Die Bezeichnung "Gew. Basis" am Ende jeder Tabelle hängt mit der Gewichtungsoperation zusammen und hat nur eine technische Bedeutung.

Anhänger der Parteien

Als Anhänger der verschiedenen Parteien werden diejenigen Personen bezeichnet, die die jeweilige Partei als sympathischste nannten.





WENN JEMAND SAGT: 'EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT'. WÜRDEN SIE SAGEN, DAS STIMMT, ODER IST DAS IHRER MEINUNG NACH NICHT RICHTIG? (FRAGE 5)

	BEVÖI	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE				LECHT		ALTER	SGRUPPE	N	POLIT	ISCH - A	N EUROPAI	POLITIK -
	INSGI	ESAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT		ITER- SSIERT (I	NICHT BESONDERS)
Basis		1192	900	292	579	613	185	247	353	407	627	565	509	679
JA, DAS STIMMT		52.5	53.9	46.4	52.4	52.7	55.4	54.1	53.3	49.4	60.8	44.0	66.1	42.9
MEINER MEINUNG NACH NICHT RICHTIG		24.3	24.5	23.7	26.8	22.0	19.2	21.8	27.8	25.6	23.2	25.5	19.1	27.8
UNENTSCHIEDEN		23.1	21.6	29.9	20.8	25.4	25.4	24.1	18.9	25.0	16.0	30.5	14.8	29.3
GEW. BASIS	:	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
			ANHÄ	NGER DE	R -			PA IST ZUKUNFT		UNDLEGENDE MEN IN DER		UNDLEGENDE ORMEN KOMMEN	I IN EU (ÜBERWIEGEN
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	J A	NEIN	NÖTIG		CHT JA TIG	G L A U B E N I C H T		SAM- GEGEN N SÄTZE
Basis	413	258	73	161	128	115	631	284	89	0	136	247 655	5 28	85 690
JA, DAS STIMMT	61.6	59.2	42.1	61.9	41.8	17.3	100.0	-	52.	5 6	2.2 7	3.3 41.4	79	. 4 41.2
MEINER MEINUNG NACH NICHT RICHTIG	15.0	20.0	29.6	14.7	32.8	62.4	-	100.0	25.	8 2	3.2 1	2.6 34.8	6	.9 35.1
UNENTSCHIEDEN	23.4	20.8	28.3	23.3	25.5	20.3	-	-	21.	7 1	4.5 1	4.1 23.8	13	. 6 23.7
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.	0 10	0.0 10	0.0 100.0	100	.0 100.0

INTERESSIEREN SIE SICH FÜR EUROPAPOLITIK, ICH MEINE FÜR DIE ENTSCHEIDUNGEN, DIE IN BRÜSSEL ODER IM EURO-PÄISCHEN PARLAMENT IN STRASSBURG GETROFFEN WERDEN, ODER INTERESSIERT SIE DAS WENIGER, ODER INTERESSIEREN SIE SICH GAR NICHT DAFÜR? (FRAGE 62a)

	BEVÖL	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE GESCHL						ALTER	SGRUPPE	N	POLIT	ISCH -	AN EUROP	APOLITIK -
	INSGE	SAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT I INTER- E ESSIERT	NTER- SSIERT	NICHT (BESONDERS)
Basis		1192	900	292	579	613	185	247	353	407	627	565	509	679
INTERESSIERT MICH		41.5	43.2	33.9	48.6	34.8	23.3	33.1	45.8	52.7	70.9	11.1	100.0	-
INTERESSIERT MICH WENIGER		49.6	49.0	52.2	42.4	56.4	61.9	55.1	47.1	41.8	27.9	72.0	-	85.4
GAR NICHT		8.5	7.3	13.9	8.2	8.8	13.6	11.6	7.1	5.1	1.0	16.3	-	14.6
KEINE ANGABE		0.4	0.5	-	0.7	0.1	1.3	0.2	-	0.4	0.2	0.6	-	-
GEW. BASIS	1	.00.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
			ANHÄ	NGER DE	R -			PA IST ZUKUNFT	G R R E F O R	UNDLEGENDE MEN IN DER	GR EU REF	UNDLEGENDE ORMEN KOMME	N IN EU	ÜBERWIEGEN
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG		CHT JA	G L A U B N I C H		NSAM- GEGEN EN SÄTZE
Basis	413	258	73	161	128	115	631	284	89	0	136	247 65	5	285 690
INTERESSIERT MICH	44.2	44.0	46.2	36.7	37.4	38.3	52.2	32.7	45.	1 3	8.1 6	0.5 36.	7 5	3.3 37.3
INTERESSIERT MICH WENIGER	49.9	49.0	47.9	51.4	57.7	42.0	42.0	54.5	47.	6 5	4.7 3	3.8 52.	1 4	2.5 52.4
GAR NICHT	5.9	6.6	5.9	11.2	4.9	17.5	5.5	11.9	6.	9	7.1	5.7 10.	5 .	4.0 9.8
KEINE ANGABE	-	0.3	-	0.7	-	2.2	0.3	0.9	0.	5	-	- 0.	6	0.2 0.5
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.	0 10	0.0 10	0.0 100.	0 10	0.0 100.0

INTERESSIEREN SIE SICH FÜR DAS AKTUELLE GESCHEHEN UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN IN ANDEREN MITGLIEDSLÄNDERN DER EU, ODER INTERESSIERT SIE DAS WENIGER, ODER INTERESSIEREN SIE SICH GAR NICHT DAFÜR? (FRAGE 62b)

	BEVÖLKERU	ING AB 16	GESCHI	ECHT		ALTER	SGRUPPE	N	POLIT	ISCH -	AN EUROPA	POLITIK -	
	INSGESAMI	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT		NTER- SSIERT (NICHT BESONDERS)
Basis	1192	900	292	579	613	185	247	353	407	627	565	509	679
INTERESSIERT MICH	44.7	46.4	37.3	51.2	38.6	29.1	38.4	44.6	57.0	72.8	15.7	85.2	15.9
INTERESSIERT MICH WENIGER	38.1	38.1	38.1	33.1	42.9	40.9	40.8	42.2	31.6	20.9	55.9	11.6	56.8
GAR NICHT	8.6	7.6	13.2	8.6	8.7	16.6	9.2	6.6	5.8	1.9	15.6	0.8	14.3
KOMMT DRAUF AN	8.5	7.9	11.2	7.2	9.7	13.4	11.4	6.6	5.6	4.4	12.7	2.5	12.8
KEINE ANGABE	0.0	-	0.3	-	0.1	-	0.2	-	-	-	0.1	-	0.1
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
		ANHA	INGER DE	R -			PA IST ZUKUNFT	G R R E F O R	UNDLEGENDE MEN IN DER		JNDLEGENDE)RMEN KOMME	N IN EU	ÜBERWIEGEN
	CDU/ SF	D FDP	B.90/ GRÜNE	DIE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG		CHT JA TIG	G L A U B N I C H	E GEMEIN T KEITE	SAM- GEGEN N SÄTZE
Basis	413 25	8 73	161	128	115	631	284	89	0	136 2	247 65	5 2	85 690
INTERESSIERT MICH	46.9 49.	0 53.7	34.8	41.9	40.0	55.7	33.4	47.	7 4	0.1 64	1.7 38.	0 56	.7 41.7
INTERESSIERT MICH WENIGER	39.3 37.	2 32.4	41.6	37.9	37.5	33.4	43.4	37.	0 4	2.1 24	1.2 42.	2 33	. 2 39.6
GAR NICHT	7.2 4.	2 4.0	10.3	6.6	20.3	4.2	13.6	6.	9 1	2.9	5.6 11.	6 3	.8 10.6
KOMMT DRAUF AN	6.6 9.	6 9.8	13.2	13.6	2.2	6.7	9.6	8.	3	4.8	5.6 8.	1 6	.1 8.1
KEINE ANGABE	-		-	-	-	-	-	0.	1	-	- 0.	1 0	. 2 -
GEW. BASIS	100.0 100.	0 100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.	0 10	0.0 100	0.0 100.	0 100	.0 100.0

WIE VIEL VERTRAUEN HABEN SIE ZUR EUROPÄISCHEN UNION? WÜRDEN SIE SAGEN (FRAGE 6)

	BEVÖL	. K E R U N (G AB 16	JAHRE	GESCH	LECHT		ALTER	SGRUPPE	N	POLIT	ISCH -	AN EUROPA	POLITIK -
	INSGE	SAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT		NTER- SSIERT (NICHT BESONDERS)
Basis		1192	900	292	579	613	185	247	353	407	627	565	509	679
SEHR GROSSES VERTRAUEN		4.6	5.1	2.3	3.8	5.3	3.5	4.5	4.5	5.3	6.2	2.9	7.7	2.3
GROSSES VERTRAUEN		30.5	32.0	24.0	30.9	30.1	39.8	32.1	28.9	25.9	32.0	28.9	36.9	26.1
NICHT SO GROSSES VERTRAUEN		44.6	43.1	51.2	44.2	45.0	36.9	42.5	46.1	48.7	41.9	47.3	40.1	47.5
KAUM, GAR KEIN VERTRAUEN		12.5	12.7	11.9	14.7	10.5	8.0	11.3	15.8	13.0	14.2	10.8	10.2	14.2
UNENTSCHIEDEN		7.8	7.2	10.7	6.4	9.1	11.8	9.6	4.8	7.1	5.6	10.1	4.9	9.9
GEW. BASIS	1	.00.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
			ANHÄ	NGER DE	R -			A IST ZUKUNFT	G R R E F O R	UNDLEGENDE MEN IN DER	GR EU REF	UNDLEGENDE ORMEN KOMME	N IN EU	ÜBERWIEGEN
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	J A	NEIN	NÖTIG		CHT JA	G L A U B N I C H		SAM- GEGEN N SÄTZE
Basis	413	258	73	161	128	115	631	284	89	0	136	247 65	5 2	85 690
SEHR GROSSES VERTRAUEN	5.3	6.6	0.6	8.1	2.3	-	8.5	-	3.	4 1	2.9	8.1 3.	6 11	4 1.3
GROSSES VERTRAUEN	37.4	34.2	19.3	36.7	23.1	8.0	50.6	6.9	26.	5 5	1.5 5	4.0 20.	9 53	.7 20.3
NICHT SO GROSSES VERTRAUEN	44.9	44.7	55.0	39.2	50.4	36.3	32.7	53.0	49.	3 2	6.5 2	6.5 50.	8 25	.3 52.7
KAUM, GAR KEIN VERTRAUEN	5.5	7.3	14.4	7.6	14.6	50.2	2.6	38.8	14.	3	6.5	6.4 18.	3 1	.4 19.5
UNENTSCHIEDEN	6.8	7.3	10.7	8.5	9.5	5.5	5.5	1.3	6.	7	2.6	5.1 6.	4 8	. 2 6 . 2
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.	0 10	0.0 10	0.0 100.	0 100	.0 100.0

FINDEN SIE, EUROPA, ALSO DIE EUROPÄISCHE UNION, MISCHT SICH ZU VIEL IN DIE ANGELEGENHEITEN DER EINZELNEN MITGLIEDSLÄNDER EIN, ODER FINDEN SIE DAS NICHT? (FRAGE 12)

					GESCH	LECHT		ALTER	SGRUPPE	N	POLIT	ISCH -	AN EUROP	APOLITIK -
	INSG	ESAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT		NTER- SSIERT	NICHT (BESONDERS)
Basis		1192	900	292	579	613	185	247	353	407	627	565	509	679
MISCHT SICH ZU VIEL EIN		32.1	30.7	38.0	35.6	28.7	26.5	32.5	35.8	31.6	30.3	34.0	28.0	34.7
FINDE DAS NICHT		44.8	47.9	31.2	45.7	44.0	48.0	44.2	42.4	45.5	50.3	39.2	55.6	37.3
UNENTSCHIEDEN		23.1	21.4	30.7	18.7	27.3	25.5	23.2	21.8	22.8	19.5	26.8	16.4	28.0
GEW. BASIS		100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
			ANHÄ	NGER DE	R -		E U R O P U N S E R E	A IST ZUKUNFT		UNDLEGENDE MEN IN DER		UNDLEGENDE ORMEN KOMME	N IN EU	ÜBERWIEGEN
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG		CHT JA	G L A U B N I C H		NSAM- GEGEN EN SÄTZE
Basis	413	258	73	161	128	115	631	284	89	0	136	247 65	5	285 690
MISCHT SICH ZU VIEL EIN	28.0	30.6	26.7	23.4	35.7	63.0	20.0	55.6	34.	2 2	3.2 2	7.0 39.	0 1	7.9 42.3
FINDE DAS NICHT	49.8	47.3	46.5	55.0	37.8	19.5	60.3	27.4	44.	1 6	1.0 5	9.1 42.	0 6	5.6 35.2
UNENTSCHIEDEN	22.3	22.1	26.8	21.6	26.5	17.5	19.7	17.0	21.	7 1	5.7 1	3.9 19.	0 1	6.5 22.5
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.	0 10	0.0 10	0.0 100.	0 10	0.0 100.0

HALBGRUPPE A

582

ES GIBT EU-LÄNDER, DIE IMMER WIEDER GEGEN RECHTSSTAATLICHE PRINZIPIEN VERSTOSSEN, ALSO Z.B. MINDERHEITEN IM EIGENEN LAND KEINEN SCHUTZ GEWÄHREN, ZUSTÄNDIGKEITEN DES VERFASSUNGSGERICHTS EINSCHRÄNKEN ODER DIE POLITISCHE GEWALTENTEILUNG IGNORIEREN. WIE SEHEN SIE DAS: SOLLTE ES FÜR EU-LÄNDER, DIE RECHTSSTAATLICHE PRINZIPIEN NICHT EINHALTEN, SANKTIONEN GEBEN, Z.B. WENIGER EU-FÖRDERGELDER ODER KEIN STIMMRECHT BEI ABSTIMMUNGEN, ODER SOLLTE ES FÜR DIESE LÄNDER KEINE SANKTIONEN VON DER EU GEBEN? (FRAGE 44/A)

	BEVÖ	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE				LECHT		ALTER	SGRUPPE	N	POLIT	ISCH -	AN EUROPA	POLITIK -
	INSG	ESAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT		NTER- SSIERT (NICHT BESONDERS)
Basis		582	435	147	282	300	86	118	183	195	316	266	257	323
SOLLTE SANKTIONEN GEBEN		79.9	81.1	74.6	79.5	80.3	80.5	83.5	81.5	76.1	85.1	74.1	83.6	77.0
KEINE SANKTIONEN		8.1	8.1	8.0	9.7	6.5	9.7	7.4	7.5	8.2	6.5	9.8	6.8	9.1
UNENTSCHIEDEN		12.0	10.8	17.4	10.7	13.2	9.8	9.1	11.0	15.8	8.3	16.0	9.6	13.9
GEW. BASIS		100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
			ANHÄ	NGER DE	R -			PA IST ZUKUNFT	G R R E F O R	UNDLEGENDE MEN IN DER		JNDLEGENDE ORMEN KOMME	N IN EU	ÜBERWIEGEN
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG		CHT JA TIG	G L A U B N I C H		SAM- GEGEN N SÄTZE
Basis	212	118	39	74	5 6	5 8	314	125	44	5	63	115 30	6 1	43 317
SOLLTE SANKTIONEN GEBEN	82.7	82.1	73.9	82.8	83.1	63.3	86.6	74.3	81.	5 7	8.9 80	0.9 82.	3 83	.4 79.9
KEINE SANKTIONEN	5.2	9.9	12.7	3.5	6.0	20.0	6.9	14.4	7.	3 1	4.2	6.0 7.	6 5	.9 11.0
UNENTSCHIEDEN	12.1	8.0	13.5	13.7	11.0	16.8	6.6	11.3	11.	3	6.9 1	3.1 10.	1 10	.7 9.1
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.	0 10	0.0 100	0.0 100.	0 100	.0 100.0

HALBGRUPPE B

610

ES GIBT EU-LÄNDER, DIE IMMER WIEDER GEGEN RECHTSSTAATLICHE PRINZIPIEN VERSTOSSEN, ALSO Z.B. MINDERHEITEN IM EIGENEN LAND KEINEN SCHUTZ GEWÄHREN, ZUSTÄNDIGKEITEN DES VERFASSUNGSGERICHTS EINSCHRÄNKEN ODER DIE POLITISCHE GEWALTENTEILUNG IGNORIEREN. DARÜBER UNTERHALTEN SICH HIER ZWEI. WELCHER VON BEIDEN SAGT EHER DAS, WAS AUCH SIE DENKEN, DER OBERE ODER DER UNTERE? (BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 44/B)

	BEVÖLKERUN	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE					ALTER	SGRUPPE	N	POLITI	SCH -	AN EURO	PAPOLITIK -
	INSGESAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)
Basis	610	465	145	297	313	99	129	170	212	311	299	2 5	2 356
DER OBERE: "ICH FINDE, DASS ES VON DER EU SANKTIO- NEN GEBEN SOLLTE FÜR MITGLIEDSLÄNDER, DIE GEGEN RECHTSSTAATLI- CHE PRINZIPIEN VER- STOSSEN, Z.B. WENI- GER EU-FÖRDERGELDER ODER KEIN STIMMRECHT BEI ABSTIMMUNGEN.".	61.9	62.8	58.0	61.2	62.5	59.6	54.2	65.6	64.5	66.6	57.3	67.	7 58.4
DER UNTERE: "DAS SEHE ICH ANDERS. DABEI GEHT ES OFT UM DINGE, DIE DIE INNEREN ANGE- LEGENHEITEN DER LÄNDER BETREFFEN. DIE EU-MITGLIEDS- STAATEN SOLLTEN DIE FREIHEIT HABEN, RECHTSSTAATLICHE PRINZIPIEN EIN- ZUSCHRÄNKEN, OHNE DASS DIE EU DAGEGEN VORGEHT."	21.3	21.6	19.5	24.5	18.2	15.7	28.0	18.8	22.3	23.9	18.7	23.	5 19.9
UNENTSCHIEDEN	16.9	15.6	22.5	14.3	19.3	24.7	17.8	15.6	13.2	9.5	24.0	8.	9 21.7
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.	0 100.0

HALBGRUPPE B

610

ES GIBT EU-LÄNDER, DIE IMMER WIEDER GEGEN RECHTSSTAATLICHE PRINZIPIEN VERSTOSSEN, ALSO Z.B. MINDERHEITEN IM EIGENEN LAND KEINEN SCHUTZ GEWÄHREN, ZUSTÄNDIGKEITEN DES VERFASSUNGSGERICHTS EINSCHRÄNKEN ODER DIE POLITISCHE GEWALTENTEILUNG IGNORIEREN. DARÜBER UNTERHALTEN SICH HIER ZWEI. WELCHER VON BEIDEN SAGT EHER DAS, WAS AUCH SIE DENKEN, DER OBERE ODER DER UNTERE? (BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 44/B)

			ANHÄ	NGER DE	R -		E U R O P U N S E R E		G R U N D I R E F O R M E N	LEGENDE IN DER EU	G R U N D L E R E F O R M E N	EGENDE N KOMMEN	IN EU ÜBER	WIEGEN
	C D U / C S U	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG	NICHT NÖTIG	JA	G L A U B E N I C H T	GEMEINSAM- KEITEN	G E G E N S Ä T Z E
Basis	201	140	3 4	87	72	57	317	159	445	73	132	349	142	373
DER OBERE: "ICH FINDE, DASS ES VON DER EU SANKTIO- NEN GEBEN SOLLTE FÜR MITGLIEDSLÄNDER, DIE GEGEN RECHTSSTAATLI- CHE PRINZIPIEN VER- STOSSEN, Z.B. WENI- GER EU-FÖRDERGELDER ODER KEIN STIMMRECHT BEI ABSTIMMUNGEN.".	62.2	64.4	58.2	62.9	74.0	47.8	71.3	51.3	66.5	57.5	71.0	60.0	68.0	60.7
DER UNTERE: "DAS SEHE ICH ANDERS. DABEI GEHT ES OFT UM DINGE, DIE DIE INNEREN ANGE- LEGENHEITEN DER LÄNDER BETREFFEN. DIE EU-MITGLIEDS- STAATEN SOLLTEN DIE FREIHEIT HABEN, RECHTSSTAATLICHE PRINZIPIEN EIN- ZUSCHRÄNKEN, OHNE DASS DIE EU DAGEGEN VORGEHT."	19.8	20.7	31.7	17.5	14.4	34.1	16.1	31.2	21.2	27.2	21.0	24.0	21.6	22.4
UNENTSCHIEDEN	18.0	14.9	10.1	19.7	11.5	18.1	12.6	17.5	12.2	15.4	8.0	16.0	10.4	16.9
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

WÜRDEN SIE SAGEN, UNTER DEN LÄNDERN DER EUROPÄISCHEN UNION ÜBERWIEGEN GEMEINSAMKEITEN UND GEMEINSAME INTERESSEN, ODER ÜBERWIEGEN GEGENSÄTZE UND UNTERSCHIEDLICHE INTERESSEN? (FRAGE 8)

	BEVÖLKER	UNG AB 1	GESCH	LECHT		ALTER	SGRUPPE	N	POLIT	ISCH -	AN EUROP	APOLITIK -	
	INSGESAM	IT WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. äLTER	INTER- ESSIERT		INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)
Basis	119	2 900	292	579	613	185	247	353	407	627	565	509	679
GEMEINSAMKEITEN, GEMEINSAME INTERESSEN	23.	8 24.4	21.5	22.9	24.7	26.4	24.1	23.4	22.7	27.5	20.0	30.6	19.1
GEGENSÄTZE, UNTERSCHIEDLICHE INTERESSEN	58.	1 57.7	60.0	61.1	55.3	53.6	58.9	58.0	60.2	56.5	59.9	52.2	62.3
UNENTSCHIEDEN	18.	0 17.9	18.6	16.0	20.0	20.0	17.0	18.6	17.0	16.0	20.1	17.2	18.6
GEW. BASIS	100.	0 100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
		ANH	ÄNGER DE	: R -			PA IST ZUKUNFT	G R R E F O R	UNDLEGENDI MEN IN DEF	GR REU REF	UNDLEGENDE ORMEN KOMM	EN IN EU	ÜBERWIEGEN
	CDU/ S	PD FDP	B.90/ GRÜNE	DIE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG		ICHT JA STIG	GLAU NIC		NSAM- GEGEN EN SÄTZE
Basis	413 2	58 73	161	128	115	631	284	89	0	136	247 6	5 5	285 690
GEMEINSAMKEITEN, GEMEINSAME INTERESSEN	27.7 29	.3 16.1	28.6	20.2	6.7	36.1	6.8	21.	1 4	14.0 4	1.9 17	.7 10	0.0 -
GEGENSÄTZE, UNTERSCHIEDLICHE INTERESSEN	51.2 56	6.2 61.6	51.6	64.1	82.1	45.6	83.9	61.	7	12.1 4	2.9 66	. 9	- 100.0
UNENTSCHIEDEN	21.0 14	.5 22.3	19.8	15.7	11.2	18.3	9.3	17.	2 :	13.9 1	5.3 15	. 4	
GEW. BASIS	100.0 100	.0 100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.	0 10	00.0 10	0.0 100	. 0 10	0.0 100.0



HALBGRUPPE A 582

(1 1/102 37 11)	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHI	LECHT		ALTER	SGRUPPE	N	POLITI	ISCH -	AN EUROF	PAPOLITIK -
	INSGESAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)
Basis	582	435	147	282	300	86	118	183	195	316	266	257	7 323
DEMOKRATIE	72.2	73.0	68.9	71.0	73.3	64.3	72.6	77.9	71.3	77.0	66.9	76.6	68.7
MEINUNGSFREIHEIT, PRESSEFREIHEIT	67.9	68.3	66.2	66.7	69.1	70.8	72.5	67.3	64.1	69.6	66.1	71.7	7 65.0
FREIHEIT DES EINZEL- NEN, DASS SICH JEDER SELBST VERWIRKLICHEN KANN	60.4	62.7	50.5	57.0	63.7	57.9	64.2	64.4	56.2	64.1	56.4	68.1	L 54.7
ACHTUNG DER MENSCHENWÜRDE	59.7	60.6	55.9	54.2	65.0	61.1	59.8	55.7	62.3	60.2	59.2	64.6	56.1
RELIGIONSFREIHEIT	58.8	60.8	50.1	56.6	60.9	52.9	55.7	62.7	60.5	60.5	57.0	64.1	L 54.6
WELTOFFENHEIT	54.6	53.3	60.4	51.7	57.4	58.6	51.4	54.9	54.3	59.8	49.0	63.6	47.9
GLEICHBERECHTIGUNG VON FRAUEN	54.5	55.6	49.9	51.6	57.3	50.7	54.4	56.5	55.1	59.1	49.5	63.8	3 47.8
TOLERANZ	49.8	50.4	47.1	47.3	52.2	45.7	49.1	48.5	53.6	53.9	45.3	59.0	42.9
RECHTSSTAATLICHKEIT, DASS MAN SICH AUF GESETZE VERLASSEN KANN	46.0	46.3	45.1	47.4	44.8	41.8	44.3	49.7	46.3	54.8	36.4	56.4	38.4
FREIES UNTERNEHMERTUM	45.6	46.5	41.9	46.3	45.0	48.2	42.1	47.0	45.3	49.5	41.4	50.9	9 41.5
SCHUTZ VON PRIVATEIGENTUM	41.3	40.9	42.8	40.3	42.2	30.8	38.7	41.5	48.2	46.2	35.8	45.9	37.9
VERANTWORTUNGSGEFÜHL FÜR DIE SCHWÄCHEREN DER GESELLSCHAFT	39.9	41.5	32.7	36.7	42.9	35.5	38.9	41.4	41.6	43.0	36.5	44.4	36.6
SCHUTZ DER PRIVATSPHÄRE	35.7	36.8	30.8	33.2	38.1	26.1	35.7	35.3	41.2	37.8	33.4	42.0	31.1
UMWELTBEWUSSTSEIN	35.7	35.2	37.9	33.9	37.5	23.9	41.4	36.6	37.9	37.2	34.1	39.4	32.9
SCHUTZ VON MINDERHEITEN	34.6	35.8	29.3	32.2	36.9	27.1	35.6	34.4	38.1	37.9	31.0	42.5	5 28.5

HALBGRUPPE A 582

	BEVÖLKERUN	GESCHL	. E C H T		ALTER	SGRUPPE	N	POLITI	SCH -	AN EUROF	APOLITIK -		
	INSGESAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)
Basis	582	435	147	282	300	86	118	183	195	316	266	257	323
CHRISTLICHER GLAUBE, CHRISTLICHE WERTE	33.4	35.0	26.0	34.5	32.3	27.0	32.9	35.1	35.5	33.6	33.1	35.4	31.7
LEISTUNGS- BEREITSCHAFT	32.6	31.7	36.8	29.7	35.4	23.2	38.2	34.9	32.4	35.9	29.1	37.8	28.7
SOZIALE GERECHTIGKEIT	32.2	33.2	28.0	28.7	35.6	20.0	37.3	35.5	32.9	32.5	31.9	33.8	31.0
FAMILIENSINN, GROSSE BEDEUTUNG DER FAMILIE	28.4	30.6	19.0	26.5	30.3	30.1	27.4	28.2	28.4	27.6	29.4	30.2	27.1
DASS DER STAAT NICHT IN DIE WIRTSCHAFT EINGREIFT	14.1	13.6	16.4	12.6	15.5	9.9	10.1	16.5	16.7	15.6	12.4	17.3	11.7
NICHTS DAVON	3.9	3.1	7.8	5.8	2.2	4.1	8.9	1.3	3.1	2.2	5.9	1.2	6.0
KEINE ANGABE	0.5	0.4	0.7	-	0.9	-	-	-	1.4	-	1.0	-	0.8
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

HALBGRUPPE A 582

			ANHÄ	NGER DE	R -		E U R O P U N S E R E		G R U N D L R E F O R M E N	EGENDE IN DER EU	G R U N D L E R E F O R M E N		IN EU ÜBER	WIEGEN
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG	NICHT NÖTIG	JA	G L A U B E N I C H T	GEMEINSAM- KEITEN	G E G E N S Ä T Z E
Basis	212	118	39	74	5 6	5 8	314	125	445	63	115	306	143	317
DEMOKRATIE	78.0	73.4	56.2	85.4	61.2	58.1	81.0	52.3	72.0	77.0	77.3	67.8	82.2	65.8
MEINUNGSFREIHEIT, PRESSEFREIHEIT	71.1	68.9	72.9	81.0	58.7	51.6	79.0	43.1	67.8	74.3	75.9	60.9	74.8	61.7
FREIHEIT DES EINZEL- NEN, DASS SICH JEDER SELBST VERWIRKLICHEN KANN	64.9	65.5	57.3	71.7	59.0	35.1	75.3	36.6	60.0	80.7	64.7	57.2	71.8	52.7
ACHTUNG DER MENSCHENWÜRDE	61.0	67.3	65.9	68.1	55.1	43.6	69.5	35.7	57.8	72.1	61.1	56.8	72.0	51.3
RELIGIONSFREIHEIT	60.5	69.8	52.2	58.1	48.4	51.2	68.4	39.6	60.4	55.5	63.6	55.2	63.4	57.3
WELTOFFENHEIT	59.7	65.4	50.7	54.8	42.2	40.3	68.0	33.3	53.3	66.9	56.4	52.4	69.6	48.5
GLEICHBERECHTIGUNG VON FRAUEN	58.1	65.4	56.5	40.8	57.1	47.7	61.2	35.9	55.1	48.2	65.0	52.1	62.0	48.7
TOLERANZ	57.7	56.7	33.8	53.6	43.0	30.0	60.8	29.5	49.1	61.5	53.4	46.8	58.9	42.5
RECHTSSTAATLICHKEIT, DASS MAN SICH AUF GESETZE VERLASSEN KANN	46.8	63.4	40.8	45.4	32.9	41.7	59.3	27.7	44.9	50.1	52.4	41.2	55.5	41.1
FREIES UNTERNEHMERTUM	50.4	44.1	46.0	45.4	45.8	34.2	53.9	36.1	46.3	49.2	51.0	46.0	54.8	45.4
SCHUTZ VON PRIVATEIGENTUM	49.6	51.4	32.3	32.9	31.4	28.2	47.6	27.8	40.7	47.3	49.2	36.6	48.9	40.6
VERANTWORTUNGSGEFÜHL FÜR DIE SCHWÄCHEREN DER GESELLSCHAFT	44.1	40.6	39.3	30.5	36.8	37.9	44.1	35.7	40.8	36.3	47.2	36.5	47.3	35.4
SCHUTZ DER PRIVATSPHÄRE	37.6	46.9	32.6	31.7	26.3	28.5	40.5	25.4	34.0	45.2	38.0	33.3	44.7	30.2
UMWELTBEWUSSTSEIN	34.4	47.1	29.6	34.9	30.4	30.0	42.1	26.5	34.7	47.2	43.3	31.1	42.8	29.2
SCHUTZ VON MINDERHEITEN	35.9	45.7	31.8	26.9	31.4	29.1	43.9	19.8	34.2	40.6	39.2	32.1	39.8	29.8

HALBGRUPPE A 582

	ANHÄNGER DER -						E U R O P U N S E R E		G R U N E R E F O R M E N	LEGENDE I IN DER EU	G R U N D L R E F O R M E	EGENDE N KOMMEN	IN EU ÜBER	RWIEGEN
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG	NICHT NÖTIG	JA	G L A U B E N I C H T	GEMEINSAM- KEITEN	G E G E N S Ä T Z E
Basis	212	118	39	74	5 6	5 8	314	125	445	63	115	306	143	317
CHRISTLICHER GLAUBE, CHRISTLICHE WERTE	41.8	32.9	33.0	19.0	25.3	28.0	34.8	29.5	35.0	27.1	37.1	32.4	37.0	34.1
LEISTUNGS- BEREITSCHAFT	34.6	38.0	34.6	29.3	31.1	20.7	37.4	21.6	33.4	36.1	43.9	27.9	39.4	30.3
SOZIALE GERECHTIGKEIT	36.2	39.6	21.9	27.9	31.1	25.1	36.7	22.0	29.3	42.8	42.2	27.2	41.6	26.6
FAMILIENSINN, GROSSE BEDEUTUNG DER FAMILIE	25.1	35.0	39.6	27.3	29.8	21.6	28.8	23.8	28.8	30.8	37.7	22.6	33.2	26.6
DASS DER STAAT NICHT IN DIE WIRTSCHAFT EINGREIFT	15.2	17.4	18.0	8.9	14.4	8.8	17.0	11.0	14.0	15.6	16.7	14.9	17.1	16.6
NICHTS DAVON	0.9	0.2	1.8	1.7	11.3	14.6	0.8	12.7	3.4	2.6	2.5	6.0	0.8	6.0
KEINE ANGABE	-	-	-	-	3.5	1.1	-	2.1	0.6	-	0.6	0.7	-	0.9
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

HALBGRUPPE B

610

(FRAGE 9/B)		BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE											
	BEVÖLKERUN	G AB 16	JAHRE	GESCH	LECHT		ALTER	SGRUPPE	N	POLIT	ISCH -	AN EUROF	PAPOLITIK -
	INSGESAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)
Basis	610	465	145	297	313	99	129	170	212	311	299	257	356
DEMOKRATIE	59.9	63.1	45.4	59.3	60.4	63.3	65.2	63.9	51.3	58.0	61.7	59.9	59.5
MEINUNGSFREIHEIT, PRESSEFREIHEIT	53.4	55.6	43.3	53.4	53.3	50.7	58.0	54.5	51.1	56.0	50.9	60.3	49.2
RELIGIONSFREIHEIT	51.6	53.9	41.6	50.6	52.6	49.9	58.6	46.9	52.4	52.7	50.6	57.3	48.5
FREIES UNTERNEHMERTUM	47.0	49.1	37.4	49.5	44.6	44.5	52.5	49.6	42.8	45.1	48.8	48.5	5 45.5
ACHTUNG DER MENSCHENWÜRDE	46.8	48.4	39.6	46.1	47.4	47.9	46.7	46.3	46.5	48.9	44.7	51.9	9 43.7
GLEICHBERECHTIGUNG VON FRAUEN	45.4	46.8	39.1	43.6	47.1	46.8	48.9	42.6	45.0	48.2	42.7	51.3	41.9
FREIHEIT DES EINZEL- NEN, DASS SICH JEDER SELBST VERWIRKLICHEN KANN	45.4	46.5	40.8	42.5	48.2	54.0	48.3	45.9	38.8	44.5	46.4	49.3	3 43.2
RECHTSSTAATLICHKEIT, DASS MAN SICH AUF GESETZE VERLASSEN KANN	40.2	42.3	31.1	39.4	41.0	47.8	45.2	37.4	35.6	42.2	38.3	45.3	37.0
WELTOFFENHEIT	40.0	39.3	43.3	35.2	44.5	37.2	41.7	43.2	37.8	41.2	38.8	44.7	7 37.2
SCHUTZ VON PRIVATEIGENTUM	39.6	41.2	32.5	38.3	40.8	36.8	38.1	40.4	41.4	45.3	34.0	50.8	32.4
CHRISTLICHER GLAUBE, CHRISTLICHE WERTE	32.2	34.5	22.1	29.9	34.4	32.8	33.2	29.4	33.8	31.4	33.1	33.5	31.7
SCHUTZ DER PRIVATSPHÄRE	30.5	32.2	23.3	26.6	34.2	33.5	34.8	30.6	26.3	29.3	31.7	34.4	28.2
LEISTUNGS- BEREITSCHAFT	28.3	29.9	21.2	25.5	30.9	25.9	36.5	23.7	28.4	28.7	27.8	27.3	3 29.1
TOLERANZ	27.4	28.6	21.9	25.4	29.3	33.3	32.1	27.9	20.9	28.6	26.2	30.3	3 25.6
FAMILIENSINN, GROSSE BEDEUTUNG DER FAMILIE	26.5	27.6	21.6	21.2	31.5	18.9	35.3	26.8	24.9	24.0	28.9	26.8	3 26.5

HALBGRUPPE B

610

	BEVÖLKERUN	GESCHL	ECHT		ALTER	SGRUPPE	N	POLITI	SCH -	AN EUROP	APOLITIK -		
	INSGESAMT	NSGESAMT WEST OST 610 465 145			FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)
Basis	610	465	145	297	313	99	129	170	212	311	299	2 5 2	356
UMWELTBEWUSSTSEIN	25.6	26.0	23.9	24.3	26.9	23.0	31.8	21.7	26.6	23.0	28.2	28.7	22.9
SOZIALE GERECHTIGKEIT	23.3	24.8	17.0	20.9	25.7	33.1	18.7	18.7	24.8	21.1	25.5	21.7	24.6
VERANTWORTUNGSGEFÜHL FÜR DIE SCHWÄCHEREN DER GESELLSCHAFT	23.1	24.4	17.4	20.5	25.7	26.2	27.8	17.4	23.5	22.8	23.5	24.7	22.3
SCHUTZ VON MINDERHEITEN	22.1	22.4	20.6	17.4	26.5	18.9	24.5	19.7	24.3	22.0	22.2	24.4	20.7
DASS DER STAAT NICHT IN DIE WIRTSCHAFT EINGREIFT	16.1	15.6	18.1	14.8	17.4	14.0	16.8	15.9	17.0	19.5	12.8	20.2	13.5
NICHTS DAVON	8.3	7.6	11.3	8.5	8.0	8.2	6.6	7.8	9.7	9.5	7.0	8.4	8.3
KEINE ANGABE	0.4	0.2	1.4	0.5	0.3	-	1.3	-	0.4	0.6	0.2	0.3	0.4
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

HALBGRUPPE B

610

(·····	ANHÄNGER DER -				E U R O P A			EGENDE IN DER EU	G R U N D L E R E F O R M E N		IN EU ÜBER	WIEGEN		
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG	NICHT NÖTIG	J A	G L A U B E N I C H T	GEMEINSAM- KEITEN	G E G E N S Ä T Z E
Basis	201	140	3 4	87	72	5 7	317	159	445	73	132	3 4 9	142	373
DEMOKRATIE	63.6	65.2	35.1	62.5	56.2	53.7	68.4	42.0	57.9	65.6	73.0	53.1	82.4	52.3
MEINUNGSFREIHEIT, PRESSEFREIHEIT	59.5	58.3	42.9	46.4	44.2	46.7	64.7	38.2	52.4	55.6	72.2	47.0	66.7	49.4
RELIGIONSFREIHEIT	53.7	58.6	34.8	52.5	37.3	51.8	58.5	42.2	49.9	58.4	65.5	46.4	61.2	50.0
FREIES UNTERNEHMERTUM	48.7	47.0	44.8	52.8	47.7	37.1	53.7	36.3	48.0	52.9	57.4	45.5	53.9	46.0
ACHTUNG DER MENSCHENWÜRDE	55.8	44.6	34.9	51.9	30.9	41.9	56.2	32.2	46.2	57.7	57.1	42.8	69.4	38.1
GLEICHBERECHTIGUNG VON FRAUEN	51.1	46.2	35.1	55.6	32.3	36.8	54.9	28.7	43.1	62.9	61.3	40.4	61.0	40.9
FREIHEIT DES EINZEL- NEN, DASS SICH JEDER SELBST VERWIRKLICHEN KANN	51.6	42.5	30.0	56.8	31.4	43.1	55.7	26.7	44.0	54.6	57.6	40.6	64.7	39.9
RECHTSSTAATLICHKEIT, DASS MAN SICH AUF GESETZE VERLASSEN KANN	46.0	41.8	27.9	46.9	34.6	24.9	52.8	15.4	39.4	48.2	54.8	35.1	61.1	31.2
WELTOFFENHEIT	45.7	44.3	25.2	36.5	30.3	34.3	44.4	26.0	37.3	56.3	49.3	34.8	55.4	32.7
SCHUTZ VON PRIVATEIGENTUM	43.6	38.0	26.1	45.0	37.7	38.9	49.6	24.5	39.1	43.7	52.2	32.7	52.0	35.2
CHRISTLICHER GLAUBE, CHRISTLICHE WERTE	37.8	34.5	20.2	29.6	20.1	37.8	35.7	25.7	32.5	38.1	42.3	27.3	38.9	27.8
SCHUTZ DER PRIVATSPHÄRE	36.8	24.6	23.7	41.7	19.0	25.4	38.7	13.3	29.6	33.2	48.2	23.2	43.7	25.6
LEISTUNGS- BEREITSCHAFT	31.8	29.1	22.3	30.9	28.2	16.1	33.8	16.8	25.8	41.6	23.0	28.3	44.9	20.8
TOLERANZ	30.7	25.7	28.9	35.2	22.3	11.3	34.5	15.2	25.9	30.2	39.0	20.8	45.9	19.4
FAMILIENSINN, GROSSE BEDEUTUNG DER FAMILIE	32.8	26.9	22.8	24.3	19.8	18.2	30.0	14.5	24.7	31.0	38.6	20.1	32.1	23.1

HALBGRUPPE B

610

		ANHÄNGER DER -					E U R O P U N S E R E		G R U N D R E F O R M E N	LEGENDE IN DER EU	G R U N D L I R E F O R M E I		IN EU ÜBER	WIEGEN
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG	NICHT NÖTIG	JA	G L A U B E N I C H T	GEMEINSAM- KEITEN	G E G E N S Ä T Z E
Basis	201	140	3 4	87	72	57	317	159	445	73	132	349	142	373
UMWELTBEWUSSTSEIN	31.5	22.8	30.1	20.0	22.4	20.0	29.3	19.1	26.2	27.5	25.2	23.2	34.1	22.2
SOZIALE GERECHTIGKEIT	27.8	19.3	15.4	31.5	17.7	21.0	28.9	11.4	20.7	34.1	26.6	22.0	35.4	18.9
VERANTWORTUNGSGEFÜHL FÜR DIE SCHWÄCHEREN DER GESELLSCHAFT	23.5	25.0	17.3	30.7	17.5	20.5	30.1	13.6	22.5	27.6	34.9	18.7	32.9	20.0
SCHUTZ VON MINDERHEITEN	23.4	23.5	24.4	20.3	21.8	19.0	27.8	13.7	24.6	12.6	36.9	16.2	37.0	17.3
DASS DER STAAT NICHT IN DIE WIRTSCHAFT EINGREIFT	20.7	16.0	3.5	19.9	17.7	4.8	20.4	8.6	15.8	22.7	24.2	13.5	20.1	13.7
NICHTS DAVON	4.5	4.8	19.1	5.8	11.4	22.0	4.2	17.3	8.8	7.3	3.6	10.3	-	11.2
KEINE ANGABE	0.4	-	-	0.9	-	-	-	0.5	0.4	-	-	0.2	-	0.2
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

WIE IST IHR EINDRUCK: WIE GROSS IST GANZ ALLGEMEIN DIE SOLIDARITÄT, DER ZUSAMMENHALT ZWISCHEN DEN MITGLIEDSLÄNDERN DER EUROPÄISCHEN UNION? WÜRDEN SIE SAGEN, DER ZUSAMMENHALT IST... (FRAGE 10)

	BEVÖLKE	RUNG AB 1	GESCH	LECHT		ALTER	SGRUPPEN	N	POLIT	ISCH -	AN EUROPAP	OLITIK -	
	INSGESA	MT WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT		NTER- SSIERT (B	NICHT ESONDERS)
Basis	11	.92 900	292	579	613	185	247	353	407	627	565	509	679
SEHR GROSS	0	0.7	0.4	1.1	0.3	1.0	2.2	0.1	0.2	0.7	0.6	0.5	0.8
GROSS	23	3.4 25.3	15.3	21.6	25.2	27.5	25.8	23.6	19.7	24.7	22.1	28.5	19.9
WENIGER GROSS	5 8	56.6	65.7	59.4	57.2	55.7	56.8	59.0	60.1	57.9	58.7	54.8	60.6
KAUM BZW. GAR NICHT VORHANDEN.	9	9.1	10.0	11.3	7.4	6.3	10.0	8.5	11.1	10.0	8.6	8.4	10.0
UNENTSCHIEDEN	8	8.3 8.2	8.5	6.6	9.9	9.5	5.2	8.8	9.0	6.7	9.9	7.8	8.7
GEW. BASIS	100	0.0 100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
		ANH	änger de	R -			PA IST ZUKUNFT		JNDLEGENDE MEN IN DER		JNDLEGENDE ORMEN KOMME	N IN EU Ü	BERWIEGEN
	CDU/ CSU	SPD FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG		CHT JA TIG	G L A U B N I C H		AM- GEGEN SÄTZE
Basis	413	258 73	161	128	115	631	284	890	0	136 2	247 65	5 28	5 690
SEHR GROSS	0.6	1.3 2.5	0.2	-	-	0.8	-	0.6	6	2.0	1.4 0.	7 1.	9 0.1
GROSS	29.6 2	6.7 10.5	24.0	17.1	10.6	31.9	13.1	19.4	4 4	7.1 38	3.3 18.	7 51.	5 11.0
WENIGER GROSS	56.5 5	8.4 61.4	59.7	58.5	61.9	55.8	57.2	62.1	1 4	0.9 51	1.5 60.	3 40.	3 67.4
KAUM BZW. GAR NICHT VORHANDEN.	4.7	6.5 15.3	7.4	17.7	20.3	4.1	22.8	10.9	9	1.7	3.3 13.	9 1.	0 14.7
UNENTSCHIEDEN	8.6	7.1 10.2	8.7	6.7	7.2	7.4	6.9	7.0	0	8.3	5.5 6.	4 5.	3 6.7
GEW. BASIS	100.0 10	0.0 100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	0 10	0.0 100	0.0 100.	0 100.	0 100.0

ZUM EURO: WIE VIEL VERTRAUEN HABEN SIE ZU DER GEMEINSAMEN EUROPÄISCHEN WÄHRUNG? HABEN SIE ... (FRAGE 13)

•														
	BEVÖ	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE				LECHT		ALTER	SGRUPPEN	١	POLIT	ISCH -	AN EUROP	APOLITIK -
	INSG	ESAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE		60 JAHRE U. äLTER	INTER- ESSIERT		INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)
Basis		1192	900	292	579	613	185	247	353	407	627	565	509	679
GROSSES VERTRAUEN		43.0	44.3	37.1	43.6	42.4	52.3	44.9	41.5	38.1	48.8	37.0	50.9	37.6
WENIGER VERTRAUEN		37.7	37.4	38.9	37.5	37.9	29.7	36.1	38.3	42.4	33.4	42.1	34.6	39.7
KAUM, GAR KEIN VERTRAUEN		8.7	9.2	6.5	10.8	6.8	4.2	10.3	8.5	10.3	10.5	6.9	8.3	9.0
UNENTSCHIEDEN		10.6	9.0	17.5	8.1	13.0	13.7	8.6	11.8	9.1	7.2	14.1	6.3	13.8
GEW. BASIS		100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
			ANHÄ	NGER DE	R -		E U R O P U N S E R E	PA IST ZUKUNFT	G R U R E F O R M	JNDLEGENDE MEN IN DER	GRI EU REF	UNDLEGENDE ORMEN KOMM	EN IN EU	ÜBERWIEGEN
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG		CHT JA TIG	G L A U N I C		
Basis	413	258	73	161	128	115	631	284	890)	136	247 6	5 5	285 690
GROSSES VERTRAUEN	51.7	47.8	35.9	55.8	30.6	10.2	63.8	12.2	41.4	5	5.7 60	6.0 34	. 3 6	5.0 34.1
WENIGER VERTRAUEN	35.7	36.4	44.7	25.6	47.5	46.7	26.5	51.6	39.8	3 2	8.2 2	7.6 42	. 4 2	5.8 43.6
KAUM, GAR KEIN VERTRAUEN	5.0	5.3	7.8	4.8	10.1	33.3	2.7	25.1	9.3	3	7.2	2.2 13	. 3	1.4 12.3
UNENTSCHIEDEN	7.6	10.5	11.6	13.8	11.8	9.8	7.0	11.2	9.5	5	8.8	4.2 10	. 0	7.7 9.9
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	10	0.0 100	0.0 100	. 0 10	0.0 100.0

HALBGRUPPE A

582

BRINGT DER EURO FÜR DEUTSCHLAND ALLES IN ALLEM MEHR VORTEILE ODER MEHR NACHTEILE, ODER WÜRDEN SIE SAGEN, VORTEILE UND NACHTEILE GLEICHEN SICH AUS? (FRAGE 14/A)

	BEVÖ	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCH	LECHT		ALTERS	SGRUPPEI	N	POLIT	ISCH -	AN EUROPA	POLITIK -
	INSG	ESAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT		INTER- ESSIERT (NICHT (BESONDERS)
Basis		582	435	147	282	300	86	118	183	195	316	266	257	323
BRINGT VORTEILE		36.8	36.6	37.6	39.0	34.7	39.4	42.6	37.2	31.6	44.6	28.3	48.2	28.3
BRINGT NACHTEILE		17.2	18.8	9.9	20.8	13.7	13.0	18.4	14.4	21.0	16.2	18.2	16.6	17.5
GLEICHEN SICH AUS		36.5	36.3	37.8	34.4	38.5	37.7	33.8	40.1	34.6	33.1	40.3	31.3	40.5
UNENTSCHIEDEN		9.5	8.3	14.8	5.8	13.0	10.0	5.2	8.4	12.8	6.2	13.2	3.9	13.7
GEW. BASIS		100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
			ANHÄ	NGER DE	R -		E U R O P U N S E R E	A IST ZUKUNFT		JNDLEGENDE MEN IN DER		UNDLEGENDE ORMEN KOMMI	EN IN EU	ÜBERWIEGEN
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG		CHT JA	G L A U I N I C I		
Basis	212	118	39	74	56	5 8	314	125	44!	5	63	115 30	06 1	.43 317
BRINGT VORTEILE	42.2	43.9	41.0	44.7	31.8	7.2	55.7	9.0	36.	3 50	0.1 5	8.4 29	. 1 57	27.9
BRINGT NACHTEILE	11.8	15.1	19.1	7.9	25.4	37.7	7.3	43.1	18.	2 1	1.6	4.1 26	. 0 13	3.8 19.9
GLEICHEN SICH AUS	37.8	31.7	34.4	31.2	27.2	49.1	31.8	41.6	36.	5 3	3.3 3	2.6 33	. 9 22	2.1 42.1
UNENTSCHIEDEN	8.1	9.3	5.4	16.2	15.7	6.0	5.1	6.4	9.0		5.0	4.9 11	. 1 6	5.7 10.1

HALBGRUPPE B

610

WIE SEHEN SIE DAS, WÜRDE DEUTSCHLAND OHNE DEN EURO WIRTSCHAFTLICH BESSER DASTEHEN, ODER SCHLECHTER, ODER IN ETWA GENAUSO GUT? (FRAGE 14/B)

	BEVÖLK	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE GESCH						ALTER	SGRUPPE	N	POLIT	ISCH -	AN EUROPA	POLITIK -
	INSGES	SAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT		INTER- ESSIERT (NICHT BESONDERS)
Basis		610	465	145	297	313	99	129	170	212	311	299	252	356
WÜRDE BESSER DASTEHEN	2	25.4	26.2	21.8	22.5	28.1	15.3	26.1	25.0	30.8	22.1	28.6	21.5	27.5
WÜRDE SCHLECHTER DASTEHEN	2	22.1	22.3	21.4	21.4	22.8	25.1	23.9	23.5	18.3	28.5	15.9	28.4	17.9
GENAUSO GUT	3	35.7	35.8	35.2	39.7	32.0	27.0	41.2	38.8	34.5	35.7	35.8	37.5	34.9
UNENTSCHIEDEN, WEISS NICHT	1	.6.7	15.7	21.6	16.4	17.1	32.6	8.8	12.7	16.5	13.7	19.7	12.6	19.7
GEW. BASIS	10	0.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
			ANHÄ	NGER DE	R -		E U R O P U N S E R E	A IST ZUKUNFT	G R R E F O R	UNDLEGENDE MEN IN DER	GRI EU REFO	JNDLEGENDE DRMEN KOMM	EN IN EU	ÜBERWIEGEN
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG		CHT JA TIG	G L A U I		SAM- GEGEN N SÄTZE
Basis	201	140	3 4	87	72	57	317	159	4 4	5	73	132 3	49 1	42 373
WÜRDE BESSER DASTEHEN	18.7	25.5	45.6	9.3	28.8	56.6	10.0	52.1	24.	3 2	6.3 13	1.3 32	. 2 11	.9 31.5
WÜRDE SCHLECHTER DASTEHEN	25.0	18.4	26.8	30.0	24.5	3.8	33.6	3.7	25.	4 1	4.7 38	3.7 16	. 3 36	.4 17.9
GENAUSO GUT	41.3	37.6	19.0	42.8	29.3	21.0	41.6	28.4	35.	2 4	5.2 40	0.1 35	. 1 38	.8 35.6
UNENTSCHIEDEN, WEISS NICHT	15.0	18.5	8.7	17.9	17.4	18.6	14.7	15.7	15.	0 1	3.8	9.9 16	. 4 12	.9 15.0
GEW. BASIS	100.0 1	00.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.	0 10	0.0 100	0.0 100	.0 100	.0 100.0

WIE WICHTIG IST ES IHRER MEINUNG NACH FÜR DIE WEITERE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG DEUTSCHLANDS, DASS DER EURO UND DIE EURO-ZONE BESTEHEN BLEIBEN? IST DAS FÜR DIE WEITERE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IHRER MEINUNG NACH ... (FRAGE 15)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE GESCHLECHT					ALTER	SGRUPPE	N	POLIT	ISCH -	AN EUROPA	POLITIK -	
	INSGESAM	T WEST	05T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT		NTER- SSIERT (NICHT BESONDERS)
Basis	119	2 900	292	579	613	185	247	353	407	627	565	509	679
SEHR WICHTIG	32.	2 32.9	29.1	32.2	32.2	33.0	35.4	30.3	31.5	39.9	24.2	45.3	23.0
WICHTIG	39.	8 39.7	40.1	39.2	40.3	38.7	35.8	42.6	40.3	37.6	41.9	36.6	42.1
WENIGER WICHTIG	13.	4 13.5	13.1	14.1	12.9	13.5	14.0	13.8	12.8	13.1	13.8	10.0	16.0
GAR NICHT WICHTIG	4.	1 3.7	5.9	6.1	2.2	4.2	5.0	3.3	4.2	3.8	4.4	2.6	4.8
UNENTSCHIEDEN	10.	5 10.2	11.9	8.4	12.5	10.6	9.8	10.0	11.3	5.6	15.6	5.6	14.1
GEW. BASIS	100.	0 100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
		ANH	ÄNGER DE	R -			PA IST ZUKUNFT		UNDLEGENDE MEN IN DER		JNDLEGENDE ORMEN KOMME	N IN EU	ÜBERWIEGEN
	CDU/ S	PD FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG		CHT JA	G L A U B N I C H		SAM- GEGEN N SÄTZE
Basis	413 2	58 73	161	128	115	631	284	89	0	136	247 65	5 2	85 690
SEHR WICHTIG	39.1 35	.8 29.1	34.0	29.4	6.1	50.0	8.2	33.	6 3	4.3 5	4.0 23.	8 46	.4 25.7
WICHTIG	41.5 42	.3 38.4	42.6	35.6	31.7	40.2	32.2	38.	9 4	4.9 3	6.9 40.	2 42	.6 39.8
WENIGER WICHTIG	9.1 12	.9 16.4	10.4	13.8	30.9	2.8	35.6	13.	7 1	2.5	5.3 19.	4 6	.8 17.6
GAR NICHT WICHTIG	0.6 1	.6 5.6	1.6	8.0	19.8	1.4	10.6	4.	8	1.4	2.0 5.	9 0	.7 5.8
UNENTSCHIEDEN	9.7 7	.5 10.4	11.4	13.2	11.6	5.6	13.4	9.	0	6.9	1.8 10.	7 3	.4 11.2
GEW. BASIS	100.0 100	.0 100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.	0 10	0.0 10	0.0 100.	0 100	.0 100.0

VON WELCHEM LAND GEHT IHRER MEINUNG NACH DERZEIT DAS GRÖSSTE RISIKO FÜR DIE EURO-ZONE AUS: VON GRIECHENLAND, SPANIEN, ITALIEN, FRANKREICH, ODER VON WEM SONST? (FRAGE 16)

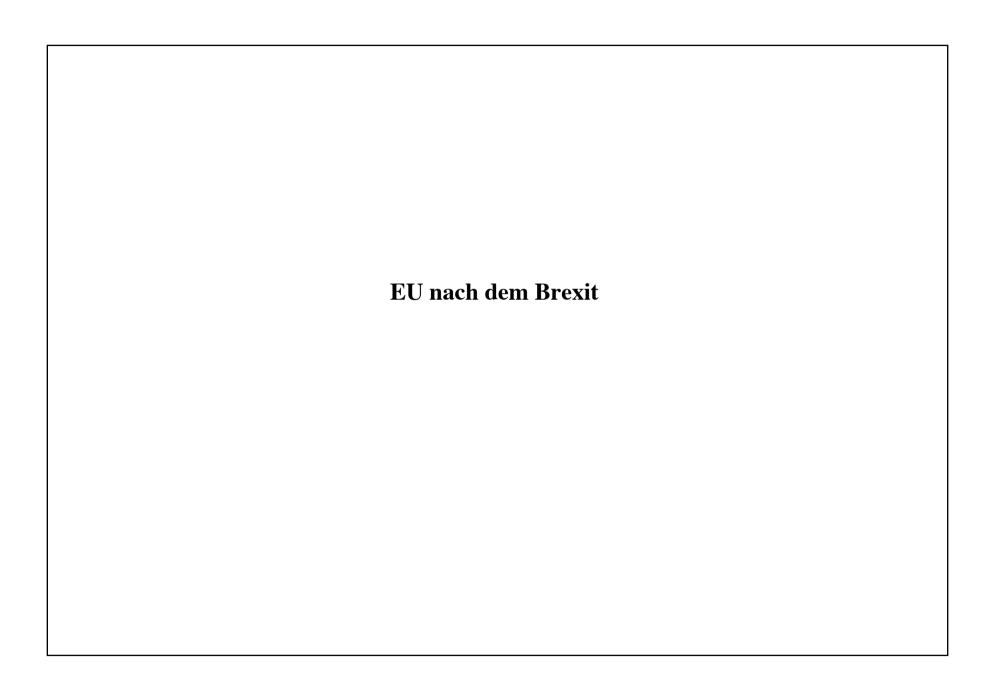
	BEVÖLK	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE				LECHT		ALTER	SGRUPPE	N	POLIT	ISCH -	AN EUROP	APOLITIK -
	INSGES	S A M T	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT		INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)
Basis	1	1192	900	292	579	613	185	247	353	407	627	565	509	679
GRIECHENLAND	2	28.7	29.6	24.6	25.4	31.8	25.5	31.3	29.3	28.2	25.1	32.4	23.2	32.6
SPANIEN		4.3	4.5	3.2	4.8	3.8	4.0	3.7	5.3	3.9	5.2	3.3	4.9	3.9
ITALIEN	4	44.5	46.3	36.5	49.3	39.9	36.9	46.4	45.6	46.4	52.5	36.2	55.3	37.0
FRANKREICH		2.7	2.9	1.9	2.1	3.2	2.8	3.1	2.1	2.8	2.8	2.5	3.4	2.2
ANDERES LAND		9.1	8.9	9.7	9.7	8.5	3.0	13.5	7.7	10.9	11.7	6.4	12.1	6.9
UNENTSCHIEDEN	2	21.5	19.3	31.5	18.3	24.6	33.8	17.8	20.7	18.0	15.7	27.6	13.8	26.8
GEW. BASIS	10	0.00	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
							EUROP	A IST	G R	UNDLEGENDE	GRI	JNDLEGENDE		
			A N H Ä	NGER DE	R -			ZUKUNFT		MEN IN DER		ORMEN KOMM	EN IN EU	ÜBERWIEGEN
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG		CHT JA TIG	G L A U N I C		NSAM- GEGEN EN SÄTZE
Basis	413	258	73	161	128	115	631	284	8 9	0	136	247 6	5 5	285 690
GRIECHENLAND	31.8	29.2	14.3	22.3	25.9	39.2	23.0	37.7	27.	9 2	9.4 20	5.7 30	. 6 2	6.3 29.2
SPANIEN	3.6	4.0	3.6	4.6	4.9	6.9	4.0	5.3	4.	8	5.0	3.5 5	.7	2.9 5.2
ITALIEN	45.5	41.7	48.2	43.1	47.2	44.2	49.0	40.7	49.	1 3	6.3 40	5.6 46	.7 4	2.0 47.0
FRANKREICH	1.5	3.3	2.3	3.1	4.3	4.1	1.7	5.6	2.	2	6.3	2.4 3	. 2	1.0 3.8
ANDERES LAND	5.2	10.3	10.3	8.5	17.9	9.9	10.5	7.7	10.	2	6.4 10	0.0 7	. 6 1	0.6 8.7
UNENTSCHIEDEN	20.7	21.4	22.2	25.4	19.9	19.6	19.8	16.6	18.	1 2	3.4 18	3.2 19	. 5 2	0.3 19.7
GEW. BASIS	100.0 1	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.	0 10	0.0 100	0.0 100	.0 10	0.0 100.0

HALBGRUPPE A

582

NACH DEM AUSTRITT GROSSBRITANNIENS FEHLT IM EU-HAUSHALT NUN DER ANTEIL, DEN GROSSBRITANNIEN AN DIE EU GEZAHLT HAT. WAS MEINEN SIE, WIE SOLLTE DIE EU DIESEN EINNAHMEVERLUST AUSGLEICHEN: SOLLTEN ALLE ANDEREN MITGLIEDSLÄNDER DEN BEITRAG GROSSBRITANNIENS AUSGLEICHEN UND EINEN HÖHEREN BETRAG AN DIE EU ZAHLEN, ODER SOLLTE DIE EU EINSPARUNGEN VORNEHMEN, UM DEN FEHLENDEN BETRAG AUSZUGLEICHEN? (FRAGE 45/A)

	BEVÖ	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE				LECHT		ALTER	SGRUPPE	N	POLIT	ISCH -	AN EUROP	APOLITIK -
	INSG	ESAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT		NTER- SSIERT	NICHT (BESONDERS)
Basis		582	435	147	282	300	86	118	183	195	316	266	257	323
MITGLIEDSLÄNDER MEHR ZAHLEN		18.5	19.1	15.8	19.6	17.5	17.7	14.5	23.8	17.0	22.4	14.3	26.2	12.8
EINSPARUNGEN		52.3	54.2	44.3	55.8	49.1	45.9	54.7	52.1	54.6	55.2	49.2	53.3	51.4
UNENTSCHIEDEN		30.1	27.7	40.9	26.3	33.8	36.5	30.8	27.1	28.9	24.4	36.4	22.9	35.8
GEW. BASIS	:	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
			ANHÄ	NGER DE	R -			PA IST ZUKUNFT		UNDLEGENDE MEN IN DER		JNDLEGENDE ORMEN KOMME	N IN EU	ÜBERWIEGEN
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG		CHT JA TIG	G L A U B N I C H		
Basis	212	118	3 9	74	5 6	5 8	314	125	44	5	63	115 30	6 :	143 317
MITGLIEDSLÄNDER MEHR ZAHLEN	20.3	22.4	13.4	18.3	12.2	17.4	23.2	16.9	18.	7 1	8.9 20	5.3 18.	5 2!	5.2 18.8
EINSPARUNGEN	52.8	52.4	57.2	41.1	58.3	54.5	51.9	57.5	55.	2 5	5.2 43	3.7 57.	7 4	7.8 56.6
UNENTSCHIEDEN	27.3	26.1	29.4	41.1	32.6	28.2	26.8	25.6	26.	9 2	8.2 3	1.4 25.	1 2	7.5 25.6
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.	0 10	0.0 100	0.0 100.	100	0.0 100.0



HALBGRUPPE B

610

NACH DEM AUSTRITT GROSSBRITANNIENS FEHLT IM EU-HAUSHALT NUN DER ANTEIL, DEN GROSSBRITANNIEN AN DIE EU GEZAHLT HAT. WAS MEINEN SIE, WIE SOLLTE DIE EU DIESEN EINNAHMEVERLUST AUSGLEICHEN: SOLLTEN ALLE ANDEREN MITGLIEDSLÄNDER DEN BEITRAG GROSSBRITANNIENS AUSGLEICHEN UND EINEN HÖHEREN BETRAG AN DIE EU ZAHLEN, ODER SOLLTE DIE EU EINSPARUNGEN VORNEHMEN, AUCH WENN DANN DIE MITTEL FÜR BESTIMMTE FÖRDERPROGRAMME, Z.B. FÜR DIE WISSENSCHAFT ODER FÜR STRUKTURSCHWACHE REGIONEN, GEKÜRZT WERDEN MÜSSEN? (FRAGE 45/B)

	BEVÖL	KERUN	G AB 16	JAHRE	GESCHI	ECHT		ALTERS	S G R U P P E N	I	POLIT	ISCH -	AN EUROPAPOLITIK -		
	INSGE	SAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE		60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT		NTER- SSIERT (NICHT (BESONDERS)	
Basis		610	465	145	297	313	99	129	170	212	311	299	252	356	
MITGLIEDSLÄNDER MEHR ZAHLEN		25.9	26.0	25.5	26.3	25.5	23.5	33.7	28.4	20.3	31.7	20.3	31.1	22.6	
EINSPARUNGEN		45.8	44.3	52.3	49.5	42.3	44.0	43.8	43.6	49.9	41.8	49.7	44.0	46.7	
UNENTSCHIEDEN		29.2	30.3	23.9	25.8	32.4	33.2	22.9	28.9	31.0	27.8	30.5	26.0	31.5	
GEW. BASIS	1	.00.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
	ANHÄNGER DER –						E U R O P U N S E R E		G R U R E F O R M	INDLEGENDE IEN IN DER		JNDLEGENDE ORMEN KOMME	N IN EU ÜBERWIEGEN		
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG		CHT JA TIG	G L A U B N I C H		NSAM- GEGEN EN SÄTZE	
Basis	201	140	3 4	87	72	57	317	159	4 4 5	;	73 1	132 34	9 :	142 373	
MITGLIEDSLÄNDER MEHR ZAHLEN	25.9	32.3	22.1	29.1	20.8	16.6	30.4	21.7	28.8	3 2	1.8 37	7.0 23.	0 30).5 24.9	
EINSPARUNGEN	47.2	40.1	42.0	42.0	53.9	52.0	43.7	53.3	46.4	5	0.4 41	1.2 50.	2 45	5.7 50.4	
UNENTSCHIEDEN	27.2	28.6	35.9	29.4	26.7	33.4	26.6	26.2	25.8	3 2	7.8 21	1.8 27.	9 24	1.2 26.0	
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	10	0.0 100	0.0 100.	0 100	0.0 100.0	

WAS MEINEN SIE: WIE WIRD SICH DER AUSTRITT GROSSBRITANNIENS AUF DIE EU AUSWIRKEN? WIRD DER ZUSAMMENHALT ZWISCHEN DEN VERBLIEBENEN MITGLIEDSLÄNDERN EHER STÄRKER ODER EHER SCHWÄCHER WERDEN? (FRAGE 46)

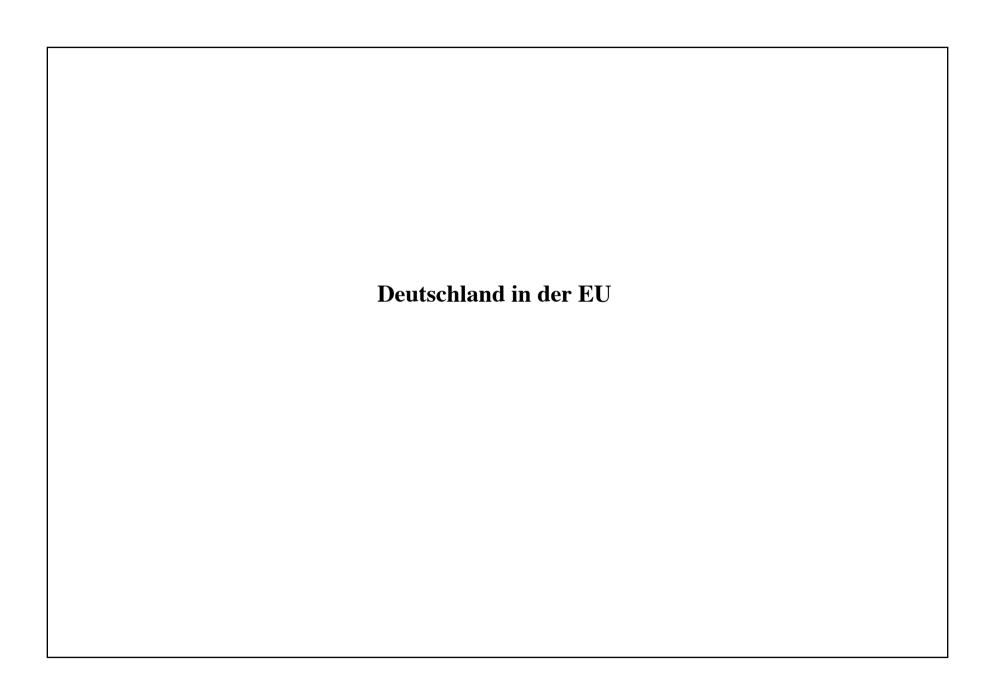
	BEVÖ	LKERUN	G AB 16	JAHRE	GESCHI	LECHT		ALTER	SGRUPPEI	N	POLIT	ISCH -	AN EUROPAPOLITIK -		
	INSG	ESAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. äLTER	INTER- ESSIERT		NTER- SSIERT (NICHT BESONDERS)	
Basis		1192	900	292	579	613	185	247	353	407	627	565	509	679	
STÄRKER		12.6	13.2	10.0	12.9	12.4	16.2	13.1	10.8	12.1	13.2	12.1	14.9	11.2	
SCHWÄCHER		29.7	28.5	35.2	28.9	30.5	21.4	32.0	30.8	32.0	33.6	25.7	31.0	28.9	
KEIN UNTERSCHIED		39.0	40.3	33.2	43.0	35.2	39.1	38.8	38.7	39.4	37.3	40.8	37.7	39.7	
UNENTSCHIEDEN		18.6	17.9	21.6	15.2	21.8	23.3	16.1	19.8	16.6	15.9	21.4	16.4	20.3	
GEW. BASIS	:	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
			ANHÄ	NGER DE	R -		EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT REFORME			UNDLEGENDE MEN IN DER		JNDLEGENDE ORMEN KOMME	N IN EU	ÜBERWIEGEN	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG		CHT JA	G L A U B N I C H			
Basis	413	258	73	161	128	115	631	284	890	0	136	247 65	5 2	85 690	
STÄRKER	18.4	10.0	6.0	15.3	9.4	5.3	16.9	9.9	11.	8 2	5.4 2	1.8 8.	4 24	. 7 8 . 8	
SCHWÄCHER	24.8	30.6	31.0	24.1	32.5	42.7	26.0	41.2	31.	7 2	1.8 2	2.8 34.	6 23	. 8 34.0	
KEIN UNTERSCHIED	38.2	40.8	53.4	43.0	36.4	26.7	39.0	39.0	39.8	8 4	2.8 3	8.0 42.	6 40	. 5 38.5	
UNENTSCHIEDEN	18.6	18.6	9.6	17.6	21.7	25.2	18.1	9.8	16.	7 1	0.0 1	7.4 14.	4 11	.0 18.7	
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	0 10	0.0 10	0.0 100.	0 100	.0 100.0	

HALBGRUPPE A

582

WIE GROSS IST DER EINFLUSS VON DEUTSCHLAND IN DER EU? WÜRDEN SIE SAGEN ... (FRAGE 41/A)

	BEVÖ	LKERUN	G AB 16	JAHRE	GESCHL	ECHT	ALTERSGRUPPEN			N	POLIT	ISCH -	AN EUROPAPOLITIK -		
	INSG	ESAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT		INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)	
Basis		582	435	147	282	300	86	118	183	195	316	266	257	323	
SEHR GROSS		21.9	22.1	21.0	23.8	20.1	24.7	21.8	17.7	24.2	26.6	16.8	27.1	17.9	
GROSS		55.6	56.0	54.2	58.0	53.4	51.8	54.7	59.4	55.1	55.9	55.3	59.5	52.7	
WENIGER GROSS		12.7	12.9	12.0	12.4	13.0	18.5	13.6	12.5	9.4	11.0	14.7	10.2	14.7	
GAR NICHT GROSS		3.6	4.1	1.8	3.3	3.9	-	3.1	4.1	5.5	3.7	3.6	1.8	5.1	
UNENTSCHIEDEN		6.0	4.9	11.0	2.4	9.5	5.0	6.9	6.3	5.9	2.9	9.5	1.3	9.6	
GEW. BASIS	:	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
			ANHÄ	NGER DE	R -			PA IST ZUKUNFT	G R R E F O R	UNDLEGENDE MEN IN DER	GRI EU REFO	JNDLEGENDE ORMEN KOMM	EN IN EU	ÜBERWIEGEN	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG		CHT JA TIG	G L A U N I C		NSAM- GEGEN EN SÄTZE	
Basis	212	118	3 9	74	56	5 8	314	125	44	5	63 1	115 3	06	143 317	
SEHR GROSS	22.3	18.6	26.7	21.7	23.1	22.0	26.6	21.7	22.	4 3	5.9 32	2.1 20	. 5 2	8.0 21.2	
GROSS	60.2	63.1	54.2	49.9	50.5	43.4	60.8	42.0	55.	9 5	1.3 58	3.8 49	. 4 6	2.1 51.1	
WENIGER GROSS	10.2	12.9	15.2	14.4	13.9	14.5	8.2	21.1	12.	9	8.2	5.4 15	. 7	5.8 16.0	
GAR NICHT GROSS	1.8	1.6	1.8	3.2	6.9	10.1	0.7	10.3	3.	2	2.6	- 6	. 1	0.9 5.8	
UNENTSCHIEDEN	5.5	3.8	2.2	10.8	5.6	10.0	3.7	5.0	5.	6	2.0	2.7 8	. 2	3.3 5.9	
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.	0 10	0.0 100	0.0 100	.0 10	0.0 100.0	



HALBGRUPPE B

610

WIE SEHEN SIE DAS: WIE GROSS IST DER EINFLUSS VON BUNDESKANZLERIN ANGELA MERKEL IN DER EU? WÜRDEN SIE SAGEN ... (FRAGE 41/B)

	BEVÖ	LKERUN	G AB 16	JAHRE	GESCHI	LECHT		ALTER	SGRUPPE	N	POLIT	ISCH -	AN EUROPAPOLITIK -		
	INSG	ESAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT		INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)	
Basis		610	465	145	297	313	99	129	170	212	311	299	252	356	
SEHR GROSS		11.4	11.8	9.3	14.9	8.0	10.5	13.3	10.1	11.7	12.2	10.6	14.0	9.7	
GROSS		47.6	49.0	41.2	44.0	51.0	51.4	53.5	39.2	49.0	51.8	43.4	52.5	44.5	
WENIGER GROSS		26.8	25.7	32.0	28.8	25.0	21.3	23.6	28.9	30.0	26.7	27.0	24.1	28.2	
GAR NICHT GROSS		5.9	6.2	4.6	7.3	4.5	3.7	4.9	10.1	4.0	5.7	6.0	4.9	6.6	
UNENTSCHIEDEN		8.4	7.4	12.9	5.1	11.5	13.1	4.6	11.8	5.3	3.6	13.0	4.4	11.1	
GEW. BASIS	;	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
			ANHÄ	NGER DE	R -			EUROPA IST GRUNDLEGENDE UNSERE ZUKUNFT REFORMEN IN DER			GRI EU REFO	JNDLEGENDE DRMEN KOMM	EN IN EU	ÜBERWIEGEN	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG		CHT JA	G L A U I		NSAM- GEGEN EN SÄTZE	
Basis	201	140	34	87	72	57	317	159	44	5	73	132 3	49	142 373	
SEHR GROSS	16.3	13.3	5.9	7.3	11.5	1.7	17.9	4.0	10.	7 1	8.6 27	2.7 7	. 4 2	0.8 7.8	
GROSS	59.1	43.3	51.8	44.8	43.3	22.5	56.5	32.4	46.	5 5	4.4 58	3.0 42	. 3 5	9.7 41.1	
WENIGER GROSS	16.4	26.1	30.1	30.3	37.5	50.5	18.2	45.9	30.	3 1	8.4 13	3.4 34	. 1 1	4.4 34.2	
GAR NICHT GROSS	0.3	8.2	7.5	8.5	5.2	16.3	3.3	7.5	6.	0	6.3	1.4 7	. 7	3.6 7.6	
UNENTSCHIEDEN	7.8	9.2	4.7	9.2	2.6	9.1	4.1	10.3	6.	5	2.3	1.5 8	. 5	1.5 9.5	
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.	0 10	0.0 100	0.0 100	. 0 10	0.0 100.0	

HALBGRUPPE A

582

UND HAT DER EINFLUSS DEUTSCHLANDS IN DER EU IN DEN LETZTEN ZWEI, DREI JAHREN ZUGENOMMEN ODER ABGENOMMEN, ODER IST ER GLEICH GEBLIEBEN? (FRAGE 42/A)

,	BEVÖ	LKERUN	G AB 16	JAHRE	GESCHL	. E C H T		ALTER	SGRUPPEN	N	POLIT	ISCH -	AN EUROPAPOLITIK -		
	INSG	ESAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT		INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)	
Basis		582	4 3 5	147	282	300	86	118	183	195	316	266	257	323	
ZUGENOMMEN		19.0	17.8	24.1	20.3	17.7	27.1	12.3	15.3	21.9	21.9	15.8	25.5	14.0	
ABGENOMMEN		27.9	29.1	22.4	31.0	24.9	25.1	32.3	29.8	24.9	31.7	23.7	30.2	26.2	
GLEICH GEBLIEBEN		39.6	40.2	37.1	38.9	40.3	31.5	39.9	44.0	40.1	38.5	40.8	38.0	40.9	
UNENTSCHIEDEN		13.5	12.9	16.3	9.8	17.0	16.2	15.5	10.8	13.1	7.9	19.7	6.4	19.0	
GEW. BASIS		100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
			ANHÄ	NGER DE	R -		EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT		GRUNDLEGENDE REFORMEN IN DER						
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG		CHT JA TIG	G L A U N I C		NSAM- GEGEN EN SÄTZE	
Basis	212	118	39	74	56	5 8	314	125	445	5	63	115 3	0 6	143 317	
ZUGENOMMEN	19.7	27.4	28.4	8.2	13.3	15.0	21.5	22.0	19.3	3 2	2.2 28	8.9 17	. 1 2	4.7 18.9	
ABGENOMMEN	26.3	30.8	30.3	13.1	24.5	40.4	27.8	30.0	30.0) 1	7.0 20	0.1 31	. 4 2	1.9 31.2	
GLEICH GEBLIEBEN	40.9	38.6	31.3	56.5	39.6	28.7	42.6	38.1	38.5	5 5	4.1 37	7.5 40	. 4 4	2.9 37.8	
UNENTSCHIEDEN	13.1	3.2	10.0	22.3	22.5	15.8	8.1	9.8	12.2	2	6.7 13	3.5 11	.1 1	0.5 12.1	
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	10	0.0 100	0.0 100	.0 10	0.0 100.0	

HALBGRUPPE B

610

WIE ZUFRIEDEN SIND SIE ALLES IN ALLEM DAMIT, WIE DIE BUNDESREGIERUNG DIE INTERESSEN DEUTSCHLANDS IN DER EUROPÄISCHEN UNION VERTRITT? SIND SIE DAMIT ... (FRAGE 42/B)

	BEVÖ	LKERUN	G AB 16	JAHRE	GESCHI	LECHT	HT ALTERSGRUPPEN				POLIT	ISCH -	AN EUROPAPOLITIK -		
	INSG	ESAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)	
Basis		610	465	145	297	313	99	129	170	212	311	299	252	356	
SEHR ZUFRIEDEN		1.6	1.8	0.7	1.6	1.6	-	2.3	0.7	2.7	3.2	-	2.6	0.9	
ZUFRIEDEN		39.7	39.1	42.4	39.4	40.1	41.6	33.0	42.6	40.4	46.8	32.9	50.8	32.5	
WENIGER ZUFRIEDEN		36.0	35.6	38.0	35.7	36.4	32.8	40.2	33.4	37.5	30.4	41.5	27.4	42.2	
GAR NICHT ZUFRIEDEN.		11.8	12.0	11.0	15.8	8.0	8.7	13.6	14.6	10.0	11.7	11.9	10.0	12.4	
UNENTSCHIEDEN		10.8	11.5	7.9	7.6	13.9	16.9	10.9	8.8	9.3	8.0	13.6	9.1	12.1	
GEW. BASIS		100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
			ANHÄ	NGER DE	R -			PA IST ZUKUNFT		UNDLEGENDE MEN IN DER		GRUNDLEGENDE EU REFORMEN KOMMEI		N IN EU ÜBERWIEGEN	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG		CHT JA	GLAU NIC		NSAM- GEGEN EN SÄTZE	
Basis	201	140	3 4	87	72	57	317	159	4 4	5	73	132 3	3 4 9	142 373	
SEHR ZUFRIEDEN	2.2	3.0	-	1.2	-	-	2.8	0.4	1.	6	3.0	3.8	. 4	5.4 0.3	
ZUFRIEDEN	54.6	41.9	12.0	38.5	29.7	12.1	55.0	19.1	35.	8 6	2.6 48	8.2 35	5.5 6	0.2 31.4	
WENIGER ZUFRIEDEN	34.1	35.3	45.2	35.4	37.5	40.8	27.4	43.4	38.	6 2	3.2 30	0.4 41	1 1	7.0 43.4	
GAR NICHT ZUFRIEDEN.	2.2	11.1	18.7	7.7	15.1	45.9	4.1	32.1	14.	1	9.9	4.1 16	5.9	3.4 17.4	
UNENTSCHIEDEN	7.0	8.7	24.0	17.1	17.6	1.2	10.8	5.0	9.	9	1.3	3.5	5.2 1	4.0 7.4	
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.	0 10	0.0 100	0.0 100	0.0 10	0.0 100.0	

HALBGRUPPE A

582

EINMAL GANZ ALLGEMEIN GEFRAGT: WAS WÄRE IHRER MEINUNG NACH FÜR DIE ZUKUNFT, FÜR DIE WEITERE ENTWICKLUNG DEUTSCHLANDS BESSER: WENN DEUTSCHLAND MITGLIED DER EUROPÄISCHEN UNION BLEIBT, ODER WENN DEUTSCHLAND DIE EUROPÄISCHE UNION VERLÄSST? (FRAGE 43/A)

	BEVÖ	LKERUN	G AB 16	JAHRE	GESCH	LECHT		ALTER	SGRUPPEN		POLIT	ISCH -	AN EUROP	APOLITIK -
	INSG	ESAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE		60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT		INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)
Basis		582	435	147	282	300	86	118	183	195	316	266	257	323
MITGLIED BLEIBEN		73.0	74.3	67.2	71.0	74.9	67.2	74.3	73.4	75.0	78.3	67.2	84.1	64.4
EU VERLASSEN		10.8	11.0	10.1	14.6	7.3	11.4	12.5	11.1	9.2	9.8	11.9	8.2	12.9
UNENTSCHIEDEN		16.2	14.7	22.7	14.4	17.9	21.4	13.2	15.5	15.8	11.9	20.9	7.7	22.7
GEW. BASIS		100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
			ANHÄ	NGER DE	R -			PA IST ZUKUNFT		NDLEGENDE EN IN DER		UNDLEGENDE ORMEN KOMME	EN IN EU	ÜBERWIEGEN
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG	N I C N Ö T		G L A U E N I C E		NSAM- GEGEN EN SÄTZE
Basis	212	118	39	74	56	5 8	314	125	445		63	115 30	06	143 317
MITGLIED BLEIBEN	81.2	84.8	58.5	83.9	66.6	32.0	95.5	43.5	73.8	8 0	. 3 8	5.8 64	. 5 9	1.3 63.1
EU VERLASSEN	6.7	2.5	8.8	3.9	17.7	39.7	0.9	36.7	11.8	4	. 8	3.5 17	. 9	2.0 16.7
UNENTSCHIEDEN	12.1	12.8	32.7	12.2	15.7	28.3	3.6	19.8	14.4	14	. 8 1	0.7 17	. 6	6.6 20.1
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100	.0 10	0.0 100	. 0 10	0.0 100.0

HALBGRUPPE B

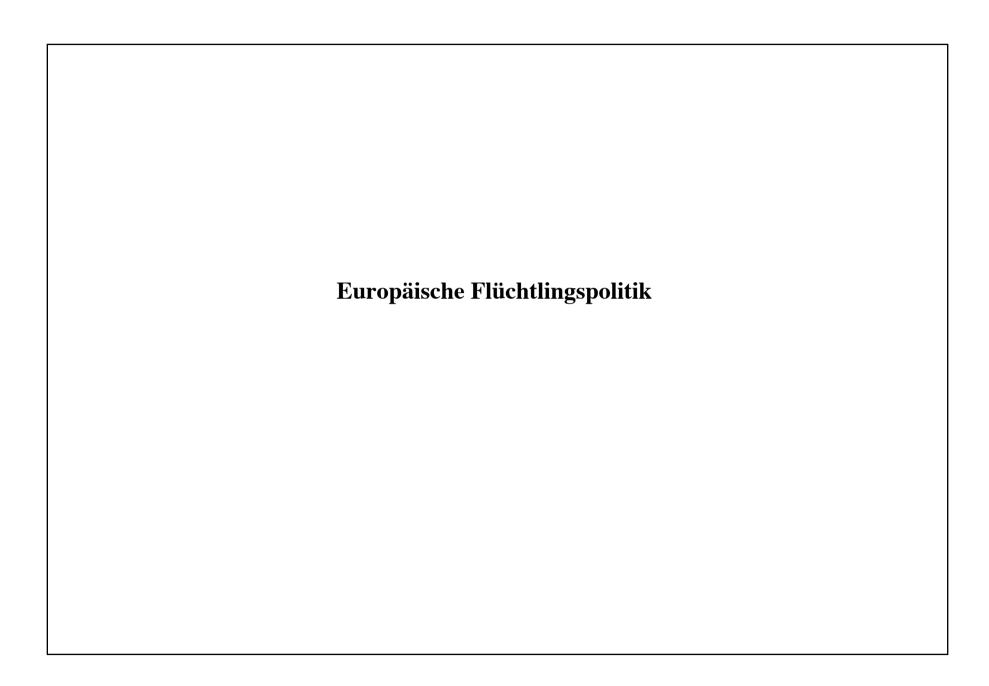
610

EINMAL GANZ ALLGEMEIN GEFRAGT: HAT DEUTSCHLAND DURCH SEINE MITGLIEDSCHAFT IN DER EUROPÄISCHEN UNION EIGENTLICH MEHR VORTEILE ODER MEHR NACHTEILE, ODER WÜRDEN SIE SAGEN, DIE VOR- UND NACHTEILE GLEICHEN SICH AUS? (FRAGE 43/B)

	BEVÖ	LKERUN	G AB 16	JAHRE	GESCHL	ECHT		ALTERS	SGRUPPEN		POLITI	SCH - A	N EUROPAP	OLITIK -
	INSG	ESAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE		60 JAHRE U. äLTER	INTER- ESSIERT		TER- SIERT (B	NICHT ESONDERS)
Basis		610	465	145	297	313	99	129	170	212	311	299	252	356
MEHR VORTEILE		28.0	29.8	20.1	31.9	24.4	25.7	28.2	30.2	27.4	34.6	21.7	39.4	20.5
MEHR NACHTEILE		18.0	18.1	17.5	21.9	14.2	10.8	20.7	17.7	20.3	18.2	17.7	17.4	18.5
GLEICHEN SICH AUS		42.1	41.1	46.3	37.6	46.3	48.1	43.8	36.3	42.6	39.4	44.6	34.9	46.5
WEISS NICHT		12.0	11.0	16.2	8.6	15.1	15.4	7.3	15.8	9.7	7.8	16.0	8.4	14.5
GEW. BASIS		100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
			ANHÄ	NGER DE	R -		E U R O P U N S E R E	A IST ZUKUNFT		NDLEGENDE EN IN DER		NDLEGENDE RMEN KOMMEN	IN EU Ü	BERWIEGEN
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG		CHT JA TIG	G L A U B E N I C H T	G E M E I N S K E I T E N	AM- GEGEN SÄTZE
Basis	201	140	3 4	87	72	57	317	159	445		73 1	32 349	14	2 373
MEHR VORTEILE	29.8	26.3	26.0	35.7	34.4	14.9	41.0	10.6	28.6	3	5.2 44	.7 21.7	49.	5 19.8
MEHR NACHTEILE	15.7	14.9	28.5	11.8	16.2	38.0	8.9	39.0	21.0	1	2.9 14	. 3 22.3	6.	8 24.0
GLEICHEN SICH AUS	42.3	48.2	41.6	39.2	39.0	29.6	40.8	41.9	41.9	4	7.2 34	.2 45.5	37.	7 42.9
WEISS NICHT	12.2	10.6	3.9	13.3	10.3	17.5	9.2	8.5	8.6		4.7 6	.8 10.5	6.	1 13.3
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	10	0.0 100	.0 100.0	100.	0 100.0

WIE SEHEN SIE DAS: SOLLTE ES FÜR EU-LÄNDER, DIE KEINE ODER NUR GANZ WENIGE FLÜCHTLINGE AUFNEHMEN, SANKTIONEN GEBEN, Z.B. DURCH KÜRZUNGEN DER ZUSCHÜSSE, ODER SOLLTE ES KEINE SANKTIONEN GEBEN? (FRAGE 56)

	BEVÖI	LKERUN	G AB 16	JAHRE	GESCH	LECHT		ALTER	SGRUPPE	N	POLIT	ISCH -	AN EUROPA	POLITIK -
	INSGI	ESAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT		NTER- SSIERT (NICHT BESONDERS)
Basis		1192	900	292	579	613	185	247	353	407	627	565	509	679
SANKTIONEN GEBEN		71.0	73.2	61.1	71.6	70.4	69.3	70.0	73.2	70.6	75.9	65.9	73.5	69.4
SOLLTE KEINE SANKTIONEN GEBEN		15.9	14.8	21.0	15.3	16.5	17.5	19.6	13.9	14.6	13.5	18.4	15.4	16.0
UNENTSCHIEDEN		13.1	12.0	17.9	13.1	13.1	13.2	10.4	12.8	14.8	10.6	15.7	11.2	14.5
GEW. BASIS	:	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
			ANHÄ	NGER DE	R -			PA IST ZUKUNFT		UNDLEGENDE MEN IN DER		UNDLEGENDE ORMEN KOMMEI	N IN EU	ÜBERWIEGEN
	C D U / C S U	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	J A	NEIN	NÖTIG		CHT JA TIG	G L A U B I		SAM- GEGEN N SÄTZE
Basis	413	258	73	161	128	115	631	284	89	0	136	247 65	5 2	85 690
SANKTIONEN GEBEN	73.3	72.9	61.4	75.2	77.4	54.8	75.3	63.6	73.	8 5	9.7 7	3.1 70.	6 8	.6 71.9
SOLLTE KEINE SANKTIONEN GEBEN	13.5	15.7	18.4	9.9	13.5	33.9	13.3	24.9	15.	1 2	5.3 1	6.6 17.	3 15	.7 17.1
UNENTSCHIEDEN	13.2	11.4	20.2	14.8	9.1	11.3	11.4	11.5	11.	1 1	5.0 1	0.3 12.3	2 15	.6 11.0
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.	0 10	0.0 10	0.0 100.0	100	.0 100.0



SOLLTE IHRER MEINUNG NACH EUROPÄISCH GEREGELT WERDEN, WIE VIELE FLÜCHTLINGE JEDES EU-LAND AUFNIMMT, ODER SOLLTEN DAS DIE EINZELNEN MITGLIEDSLÄNDER DER EU FÜR SICH SELBST ENTSCHEIDEN? (FRAGE 57)

	BEVÖI	LKERUN	G AB 16	JAHRE	GESCH	LECHT		ALTERS	SGRUPPEN	l	POLIT	ISCH - A	N EUROPA	POLITIK -
	INSGI	ESAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE		60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT		TER- SIERT (NICHT BESONDERS)
Basis		1192	900	292	579	613	185	247	353	407	627	565	509	679
EUROPÄISCH REGELN		69.8	71.5	62.3	69.8	69.7	70.2	66.8	70.1	71.0	75.1	64.2	76.5	64.8
EINZELNE LÄNDER FÜR SICH		22.9	21.7	27.9	23.7	22.1	18.8	24.9	24.0	22.9	19.7	26.1	18.5	26.2
UNENTSCHIEDEN		7.4	6.8	9.8	6.5	8.2	10.9	8.2	5.9	6.2	5.1	9.7	5.1	9.0
GEW. BASIS	:	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
			ANHÄ	NGER DE	R -			A IST ZUKUNFT		JNDLEGENDE 1EN IN DER		UNDLEGENDE ORMEN KOMMEN	IN EU	ÜBERWIEGEN
	C D U / C S U	SPD	FDP		DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG		CHT JA	G L A U B E N I C H T		SAM- GEGEN N SÄTZE
Basis	413	258	73	161	128	115	631	284	890)	136	247 655	2	85 690
EUROPÄISCH REGELN	74.0	65.6	68.3	81.8	75.6	43.6	78.7	55.8	71.4	- 6	1.9 7	3.2 67.0	71	.8 67.4
EINZELNE LÄNDER FÜR SICH	19.8	26.0	21.8	11.8	17.3	45.9	17.0	37.3	21.8	3	3.8 2	2.5 25.1	22	.6 26.0
UNENTSCHIEDEN	6.2	8.4	9.8	6.4	7.0	10.4	4.3	6.8	6.8	3	4.3	4.3 7.9	5	.6 6.7
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	10	0.0 10	0.0 100.0	100	.0 100.0

WAS GLAUBEN SIE: IST ES MÖGLICH, DIE AUSSENGRENZEN DER EUROPÄISCHEN UNION WIRKUNGSVOLL GEGEN UNKONTROLLIERTE ZUWANDERUNG ZU SCHÜTZEN, ODER IST DAS NICHT MÖGLICH? (FRAGE 58)

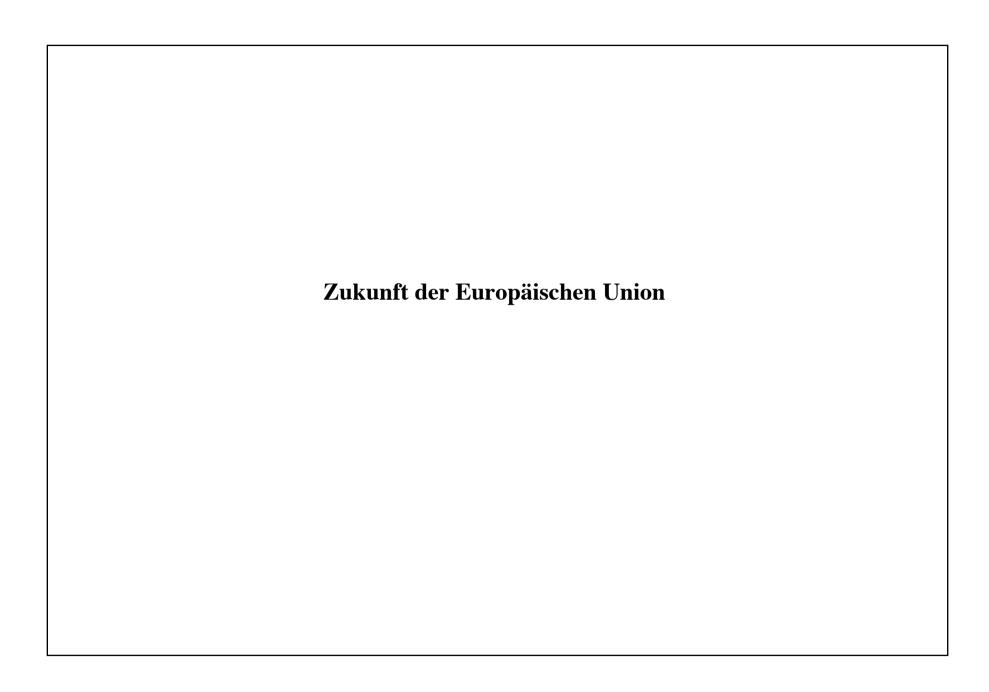
	BEVÖl	LKERUN	G AB 16	JAHRE	GESCHL	ECHT		ALTER	SGRUPPEI	N	POLITI	ISCH -	AN EUROP	APOLITIK -
	INSGE	ESAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT		INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)
Basis		1192	900	292	579	613	185	247	353	407	627	565	509	679
MÖGLICH		32.1	31.3	35.5	34.7	29.7	30.0	30.1	34.1	32.8	34.7	29.5	34.6	30.6
NICHT MÖGLICH		38.2	39.4	33.0	39.6	36.9	34.5	37.9	37.2	41.3	40.6	35.8	39.0	37.3
SCHWER ZU SAGEN		29.4	29.0	31.5	25.2	33.4	35.5	31.4	28.3	25.9	24.5	34.5	26.2	31.9
KEINE ANGABE		0.2	0.3	-	0.5	-	-	0.6	0.4	-	0.2	0.2	0.3	0.2
GEW. BASIS	1	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
			ANHÄ	NGER DE	R -		E U R O P U N S E R E	A IST ZUKUNFT		UNDLEGENDE MEN IN DER		JNDLEGENDE ORMEN KOMM	EN IN EU	ÜBERWIEGEN
	C D U / C S U	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG		CHT JA TIG	G L A U N I C		NSAM- GEGEN EN SÄTZE
Basis	413	258	73	161	128	115	631	284	890	0	136 2	247 6	5 5	285 690
MÖGLICH	32.0	29.3	39.9	15.9	28.2	56.2	27.8	42.3	32.	5 3	8.2 35	5.2 32	. 5 3	4.0 36.1
NICHT MÖGLICH	38.5	42.2	29.8	43.9	43.0	29.7	42.2	38.5	39.	3 4	2.4 35	5.7 43	. 8 4	0.9 37.3
SCHWER ZU SAGEN	29.5	28.5	30.3	40.2	27.7	12.9	29.8	19.3	28.0	0 1	8.3 29	9.1 23	. 5 2	5.1 26.3
KEINE ANGABE	-	-	-	-	1.1	1.1	0.2	-	0.7	2	1.1	- 0	. 2	- 0.2
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	0 10	0.0 100	0.0 100	.0 10	0.0 100.0

WIE IST IHR EINDRUCK: BEMÜHEN SICH DIE MEISTEN MITGLIEDSLÄNDER DER EU DARUM, EINE GEMEINSAME LÖSUNG ZUR BEWÄLTIGUNG DER FLÜCHTLINGSSITUATION ZU FINDEN, ODER BEMÜHEN SIE SICH NICHT DARUM? (FRAGE 59)

	BEVÖ	LKERUN	G AB 16	JAHRE	GESCH	LECHT		ALTER	SGRUPPEN	I	POLIT	ISCH -	AN EUROP	APOLITIK -
	INSG	ESAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT		INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)
Basis		1192	900	292	579	613	185	247	353	407	627	565	509	679
BEMÜHEN SICH		16.8	17.0	16.2	13.5	20.0	11.3	15.1	18.7	19.4	18.0	15.6	21.1	13.9
BEMÜHEN SICH NICHT .		66.8	66.9	66.0	71.3	62.4	68.4	70.2	63.4	66.7	67.2	66.3	63.4	69.1
UNENTSCHIEDEN		16.4	16.1	17.8	15.2	17.5	20.3	14.7	17.9	14.0	14.7	18.1	15.5	17.0
GEW. BASIS		100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
			ANHÄ	NGER DE	R -			PA IST ZUKUNFT		JNDLEGENDE MEN IN DER		UNDLEGENDE ORMEN KOMM		ÜBERWIEGEN
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG	N I (CHT JA	G L A U N I C		NSAM- GEGEN EN SÄTZE
Basis	413	258	73	161	128	115	631	284	890)	136	247 6	5 5	285 690
BEMÜHEN SICH	22.1	18.4	6.8	15.7	13.5	6.9	20.1	12.6	16.1	2	5.7 2	7.5 12	. 7 2	7.4 13.5
BEMÜHEN SICH NICHT .	63.3	62.4	77.5	60.7	70.1	82.8	64.9	78.7	69.7	5	7.7 5	9.3 75	.1 5	3.6 76.4
UNENTSCHIEDEN	14.6	19.2	15.7	23.6	16.5	10.3	15.0	8.6	14.2	2 1	5.6 1	3.1 12	. 2 1	9.0 10.1
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100	0.0 10	0.0 100	.0 10	0.0 100.0

GLAUBEN SIE, DASS INNERHALB DER EU GRUNDLEGENDE POLITISCHE REFORMEN UND WICHTIGE VERÄNDERUNGEN NÖTIG SIND, ODER GLAUBEN SIE DAS NICHT? (FRAGE 7a)

	BEVÖ	LKERUN	G AB 16	JAHRE	GESCH	LECHT		ALTER	SGRUPPE	N	POLIT	ISCH - A	N EUROPAI	POLITIK -
	INSG	ESAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT		ITER- SSIERT (I	NICHT BESONDERS)
Basis		1192	900	292	579	613	185	247	353	407	627	565	509	679
GRUNDLEGENDE REFORMEN NÖTIG		74.9	75.4	72.8	77.4	72.5	69.9	74.8	75.8	76.9	82.3	67.2	81.3	70.2
GLAUBE DAS NICHT		11.0	11.2	9.8	10.7	11.3	11.7	11.3	10.5	10.8	9.4	12.6	10.1	11.7
UNENTSCHIEDEN		14.1	13.4	17.4	11.9	16.2	18.4	14.0	13.8	12.3	8.2	20.2	8.6	18.1
GEW. BASIS	:	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
			ANHÄ	NGER DE	R -		E U R O P U N S E R E	PA IST ZUKUNFT		UNDLEGENDE MEN IN DER		JNDLEGENDE ORMEN KOMMEN	I IN EU (ÜBERWIEGEN
	C D U / C S U	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG		CHT JA TIG	G L A U B E N I C H 1		SAM- GEGEN SÄTZE
Basis	413	258	73	161	128	115	631	284	89	0	136	247 655	5 28	85 690
GRUNDLEGENDE REFORMEN NÖTIG	75.2	73.6	84.1	69.5	80.8	76.0	74.9	79.6	100.	0	- 9:	1.1 73.4	66	.3 79.6
GLAUBE DAS NICHT	12.6	10.2	2.3	14.6	8.5	10.3	13.0	10.5		- 10	0.0	1.3 16.5	20	. 2 7.9
UNENTSCHIEDEN	12.3	16.3	13.6	15.9	10.7	13.7	12.1	10.0		-	-	7.6 10.1	. 13	. 5 12.5
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.	0 10	0.0 100	0.0 100.0	100	.0 100.0



BERICHTERSTATTUNG BUNDESPRESSEAMT: EUROKLIMA BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE 15.06. BIS 29.06.2018 - (IFD-ARCHIV-NR. 11087 GEW.)

UND GLAUBEN SIE, DASS ES ZU GRUNDLEGENDEN REFORMEN KOMMT, ODER GLAUBEN SIE DAS NICHT? (FRAGE 7b)

	BEVÖ	LKERUN	G AB 16	JAHRE	GESCH	LECHT		ALTERS	SGRUPPE	N	POLIT	ISCH - A	N EUROP	APOLITIK -
	INSG	ESAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT		TER- SIERT (NICHT (BESONDERS)
Basis		1192	900	292	579	613	185	247	353	407	627	565	509	679
KOMMT ZU GRUND- LEGENDEN REFORMEN		21.7	22.2	19.5	22.2	21.1	21.2	25.7	21.8	19.4	27.7	15.4	31.6	14.7
GLAUBE DAS NICHT		54.0	53.6	55.5	56.9	51.2	50.2	47.4	59.7	55.1	51.7	56.4	47.7	58.2
UNENTSCHIEDEN		24.4	24.2	25.0	20.9	27.6	28.6	26.8	18.5	25.6	20.6	28.2	20.7	27.1
GEW. BASIS		100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
			ANHÄ	NGER DE	R -		E U R O F U N S E R E	A IST ZUKUNFT		UNDLEGENDE MEN IN DER		UNDLEGENDE ORMEN KOMMEN	IN EU	ÜBERWIEGEN
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG		CHT JA	G L A U B E N I C H T		
Basis	413	258	73	161	128	115	631	284	89	0	136	247 655		285 690
KOMMT ZU GRUND- LEGENDEN REFORMEN	25.3	27.8	19.5	20.6	13.2	12.4	30.2	11.3	26.	3	2.6 10	0.0 -	3 8	8.1 16.0
GLAUBE DAS NICHT	50.4	49.4	55.6	47.0	61.3	74.7	42.6	77.1	52.	9 8	1.4	- 100.0	4 (0.1 62.1
UNENTSCHIEDEN	24.3	22.7	24.9	32.4	25.5	12.9	27.2	11.6	20.	8 1	6.0		2:	1.8 22.0
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.	0 10	0.0 10	0.0 100.0	100	0.0 100.0

	BEVÖLKERUN	G AB 16	JAHRE	GESCHI	LECHT		ALTER	SGRUPPE	N	POLITI	SCH -	AN EUROF	PAPOLITIK -
	INSGESAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)
Basis	1192	900	292	579	613	185	247	353	407	627	565	509	679
IN DER FLÜCHTLINGSPOLITIK .	89.4	89.6	88.1	88.2	90.4	92.2	90.4	88.7	87.7	91.6	87.0	93.0	86.7
BEIM KAMPF GEGEN ORGANISIERTE KRIMINALITÄT	79.3	78.8	81.3	80.8	77.8	72.3	74.3	80.3	85.1	83.7	74.7	85.5	5 74.7
BEI DER TERRORABWEHR	77.0	77.3	75.7	78.0	76.0	73.1	72.3	80.2	79.1	78.7	75.2	80.9	74.0
BEIM UMWELTSCHUTZ	67.1	67.8	64.2	65.6	68.5	69.6	64.9	69.9	64.7	68.2	66.0	72.9	63.3
IN DER AUSSENPOLITIK	63.9	64.4	61.5	65.4	62.5	56.4	63.9	64.4	67.4	66.8	60.9	70.1	59.4
BEIM UMGANG MIT KORRUPTION	56.0	55.3	59.2	59.2	53.1	48.3	54.1	56.7	60.7	62.0	49.9	65.4	49.7
IN DER VERTEIDIGUNGSPOLITIK	54.8	57.0	45.2	57.7	52.1	46.0	59.7	55.1	56.3	58.4	51.1	62.6	5 49.2
BEIM EINSATZ FÜR MENSCHENRECHTE	53.4	54.3	49.6	49.1	57.5	52.5	49.2	58.8	51.9	55.7	51.1	60.4	48.7
IN DER ENERGIEPOLITIK	47.6	46.9	50.8	48.8	46.5	45.9	40.4	52.6	48.7	52.2	42.9	55.3	3 42.3
BEIM DATENSCHUTZ	46.7	45.8	50.8	44.5	48.8	49.4	47.6	43.6	47.4	46.5	46.9	50.8	3 43.6
BEIM SCHUTZ DER MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT	38.6	39.2	35.8	37.8	39.4	32.2	40.3	39.3	40.3	40.9	36.2	46.9	32.5
IN DER BILDUNGSPOLITIK	37.2	36.8	39.1	35.0	39.3	39.8	38.4	36.3	35.9	36.1	38.4	41.5	34.0
IN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK .	35.5	35.7	34.4	37.5	33.6	29.7	36.2	35.9	37.7	39.2	31.6	42.5	30.2
IN DER SOZIALPOLITIK	33.5	34.1	31.1	33.9	33.1	28.4	39.1	30.8	35.2	35.7	31.3	38.7	7 30.0
IN DER GESUNDHEITSPOLITIK .	31.7	31.7	31.6	28.7	34.5	26.3	28.9	32.6	35.5	32.0	31.4	35.5	5 29.2
IN DER STEUERPOLITIK	30.9	29.6	36.5	31.3	30.4	25.2	28.8	34.0	32.5	35.4	26.2	36.1	27.3

	BEVÖLKERUN	G AB 16	JAHRE	GESCHL	ECHT		ALTER	SGRUPPE	: N	POLIT	ISCH -	AN EUROF	PAPOLITIK -
	INSGESAMT	WEST	0 S T	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE		INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)
Basis	1192	900	292	579	613	185	247	353	407	627	565	509	679
BEI NICHTS DAVON	0.8	1.0	-	1.0	0.6	0.4	2.0	0.7	0.4	0.4	1.2	0.4	1.1
KEINE ANGABE	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

			ANHÄ	NGER DE	R -		E U R O P U N S E R E		G R U N D L R E F O R M E N		G R U N D L E R E F O R M E N		IN EU ÜBER	WIEGEN
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG	NICHT NÖTIG	J A	G L A U B E N I C H T	GEMEINSAM- KEITEN	G E G E N S Ä T Z E
Basis	413	258	73	161	128	115	631	284	890	136	247	655	285	690
IN DER FLÜCHTLINGSPOLITIK .	92.1	91.5	81.7	91.8	89.4	77.9	91.9	81.9	90.0	85.7	93.5	87.8	89.8	88.5
BEIM KAMPF GEGEN ORGANISIERTE KRIMINALITÄT	80.8	78.7	82.6	72.6	75.5	86.4	80.5	77.6	81.5	64.6	77.9	79.0	75.8	80.9
BEI DER TERRORABWEHR	80.1	75.6	78.6	70.6	71.3	81.7	77.2	76.7	78.9	65.0	79.7	77.0	75.4	78.2
BEIM UMWELTSCHUTZ	66.1	71.4	67.7	80.6	64.7	52.7	74.6	52.0	69.4	62.7	76.6	62.5	71.8	64.1
IN DER AUSSENPOLITIK	67.5	70.3	56.8	56.4	66.6	54.7	71.6	51.5	66.6	53.8	72.1	60.2	70.5	60.7
BEIM UMGANG MIT KORRUPTION	53.2	54.3	63.8	59.0	63.3	55.0	59.3	47.6	60.1	38.2	70.6	50.8	56.7	57.3
IN DER VERTEIDIGUNGSPOLITIK	62.3	56.4	53.7	41.6	49.2	53.0	61.6	43.0	58.1	47.9	58.9	53.7	56.8	53.5
BEIM EINSATZ FÜR MENSCHENRECHTE	50.7	58.9	38.5	68.1	57.3	41.4	58.6	38.5	55.3	38.7	63.5	45.5	57.2	50.5
IN DER ENERGIEPOLITIK	47.0	48.2	46.4	57.8	50.1	37.3	52.8	38.6	49.1	44.9	56.5	43.7	52.9	46.0
BEIM DATENSCHUTZ	46.4	47.6	46.2	49.3	47.1	42.5	49.7	38.7	48.4	40.0	51.2	41.7	49.4	45.0
BEIM SCHUTZ DER MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT	37.1	40.5	41.8	37.9	50.8	31.6	44.3	27.8	41.1	28.0	46.0	35.9	36.4	39.5
IN DER BILDUNGSPOLITIK	33.6	37.8	42.5	38.9	49.7	34.3	39.3	31.5	38.6	31.0	47.5	33.0	37.8	36.3
IN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK .	38.5	35.1	34.6	29.7	42.6	32.0	38.3	26.4	38.1	31.2	45.8	31.3	36.3	34.2
IN DER SOZIALPOLITIK	29.5	36.4	25.9	35.6	45.9	37.0	35.8	26.1	33.7	28.6	43.9	29.3	35.0	33.1
IN DER GESUNDHEITSPOLITIK .	29.9	35.3	31.5	27.5	35.9	34.4	31.7	27.1	32.7	27.5	34.8	31.5	32.9	31.4
IN DER STEUERPOLITIK	30.5	33.2	24.2	31.5	30.7	32.2	33.6	25.9	32.6	21.8	43.8	26.7	31.5	30.3

			ANHÄ	NGER DE	R -		E U R O P U N S E R E			LEGENDE IN DER EU	G R U N D L I R E F O R M E I		IN EU ÜBEI	RWIEGEN
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG	NICHT NÖTIG	JA	G L A U B E N I C H T	GEMEINSAM KEITEN	- GEGEN SÄTZE
Basis	413	258	73	161	128	115	631	284	890	136	247	655	285	690
BEI NICHTS DAVON	0.5	-	1.2	1.1	-	3.1	0.5	1.7	0.5	0.6	-	0.9	0.3	0.9
KEINE ANGABE	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

ANHANG
Untersuchungsdaten
Statistik der befragten Personengruppe
Fragebogenauszug mit Anlagen

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personen-

Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

kreis:

Anzahl der Befragten: Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichpro-

ben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die alten und die neuen Bundesländer: In beiden Halbgruppen und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 18 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese

Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Halbgruppe	West	Ost	Insg.	
Α	435	147	582	Personen
В	465	145	610	Personen
Insgesamt	900	292	1192	Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.

Gewichtung:

Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich alter und neuer Länder und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz:

Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung für die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse.

Art der Interviews:

Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer:

An der Befragung waren insgesamt 385 nach einheitlichen Testmethoden ausgewählte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung:

Die Interviews wurden vom 15.bis 29. Juni 2018 geführt.

Deliaguily.

11.087

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage:

STATISTIK

der in der Umfrage 11.087 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Juni 2018		Amtliche <u>Statistik (*)</u>	
	Insgesamt	Halbo	gruppe	
		Α	В	
	%	%	%	%
REGIONALE VERTEILUNG				
Westl. Länder einschl. West-Berlin	82	82	82	82
Östl. Länder einschl. Ost-Berlin	18	18	18	18
	100	100	100	100
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	17	17	17	17
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	13	13	13	13
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	15	15	16	16
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, MecklenbVorp., Sachsen-Anhalt)	9	9	8	8
Sachsen und Thüringen	8_	8	8_	8_
	100	100	100	100
WOHNORTGRÖSSE	45	45	45	45
unter 5.000 Einwohner	15	15	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	27	27	27	27
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28	28	28
100.000 und mehr Einwohner	30 100	<u>30</u> 100	30 100	30 100
OF COLUE COLT				
GESCHLECHT Männer	40	40	40	40
Männer	49 51	49 54	49 54	49 51
Frauen	<u>51</u> 100	<u>51</u> 100	<u>51</u> 100	<u>51</u> 100
<u>ALTER</u>				
16 - 29 Jahre	18	18	18	18
30 - 44 Jahre	20	20	20	20
45 - 59 Jahre	28	28	28	28
60 Jahre und älter	34	34	34	34
	100	100	100	100

Quelle: Mikrozensus 2016

^(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

STATISTIK

der in der Umfrage 11.087 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Juni 2018		Amtliche Statistik (*)	
	Insgesamt	Halbo	gruppe	
<u>BERUFSTÄTIGKEIT</u>	%	A %	B %	%
Erwerbspersonen (Berufs-				
tätige und Arbeitslose)	61	62	61	61
Nichterwerbspersonen	39 100	<u>38</u> 100	39 100	39 100
BERUFSKREISE (**)				
Arbeiter	12	12	12	12
Angestellte	40	40	40	40
Beamte	3	3	3	3
Selbständige und freiberuflich Tätige	6	7	6	6
Nichterwerbspersonen	<u>39</u> 100	<u>38</u> 100	<u>39</u> 100	<u>39</u> 100
FAMILIENSTAND				
Verheiratet	52	52	52	52
- Männer	26	26	26	26
- Frauen	26	26	26	26
Ledig	31	31	31	32
Verwitwet, geschieden	<u>17</u> 100	<u>17</u> 100	<u>17</u> 100	<u>16</u> 100
HAUSHALTSGRÖSSE Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit				
- 1 Person	24	24	24	24
- 2 Personen	40	40	40	40
- 3 Personen	17	17	17	17
- 4 Personen	14	14	15	14
- 5 und mehr Personen	5	5	4	5
	100	100	100	100

Quelle: Mikrozensus 2016

^(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

^(**) für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung alle Rechte beim IfD!

Auszug aus der Hauptbefragung 11087 Juni 2018

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

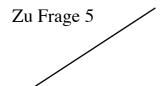
	Nach einigen Einleitungsfragen zu neutralen Themen:			
1. T	"Zu Europa: Wenn jemand sagt: 'Europa ist unsere Zukunft'. Würden Sie sagen, das stimmt, oder ist das Ihrer Meinung nach nicht richtig?"	JA, DAS STIMMT		
2. T	"Wie viel Vertrauen haben Sie zur Europäischen Union? Würden Sie sagen"	"sehr großes Vertrauen"1"großes Vertrauen"2"nicht so großes Vertrauen"3"kaum, gar kein Vertrauen"4UNENTSCHIEDEN5		
3. a) T	"Glauben Sie, dass innerhalb der EU grundlegende politische Reformen und wichtige Veränderungen nötig sind, oder glauben Sie das nicht?"	GRUNDLEGENDE REFORMEN NÖTIG 1 GLAUBE DAS NICHT 2 UNENTSCHIEDEN 3		
b)	"Und glauben Sie, dass es zu grundlegenden Reformen kommt, oder glauben Sie das nicht?"	KOMMT ZU GRUNDLEGENDEN REFORMEN		
4. T	"Würden Sie sagen, unter den Ländern der Europäischen Union überwiegen Gemeinsamkeiten und gemeinsame Interessen, oder überwiegen Gegensätze und unter- schiedliche Interessen?"	GEMEINSAMKEITEN, GEMEINSAME INTERESSEN		
	In der repräsentativen Halbgruppe A:			
<u>5.</u> T	INTERVIEWER überreicht graue Liste 1!			
Т	"Was würden Sie sagen, was von dieser Liste sind europäische Werte, also Werte, die Sie mit Europa verbinden?" (Alles Genannte einkreisen!)			
	/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 /	7 / 8 / 9 / 10 /		
	/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /			
		NICHTS DAVONX		
	In der repräsentativen Halbgruppe B:			
<u>5.</u>	INTERVIEWER überreicht graue Liste 1!			
t	"Hier auf der Liste sind verschiedene Werte aufgeschrieben. Was würden Sie sagen: Welche Werte verbinden die Mitgliedsländer der EU, welche Werte werden von den EU-Mitgliedsländern im Großen und Ganzen geteilt?" (Alles Genannte einkreisen!)			
	/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 /	7 / 8 / 9 / 10 /		
	/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17	/ 18 / 19 / 20 /		
		KEINE DAVON X		
6. T	"Wie ist Ihr Eindruck: Wie groß ist ganz allgemein die Solidarität, der Zusammenhalt zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union? Würden Sie sagen, der Zusammenhalt ist"	"sehr groß" 1 "groß" 2 "weniger groß" 3 "kaum bzw. gar nicht vorhanden" 4 UNENTSCHIEDEN 5		

7 .	INTERVIEWER überreicht gelbe Liste 2!		
Т	"Hier auf dieser Liste stehen verschiedene Bereiche. Was wü In welchen dieser Bereiche sollten die Mitgliedsländer der E (Alles Genannte einkreisen!)		
	/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6	/ 7 / 8 / 9 / 10 /	
	/ 11 / 12 / 1	3 / 14 / 15 / 16 /	
		BEI NICHTS DAVON 0	ı
8. T	"Finden Sie, Europa, also die Europäische Union, mischt sich zu viel in die Angelegenheiten der ein- zelnen Mitgliedsländer ein, oder finden Sie das nicht?"	MISCHT SICH ZU VIEL EIN	
9. T	"Zum Euro: Wie viel Vertrauen haben Sie zu der gemeinsamen europäischen Währung? Haben Sie"	"großes Vertrauen"	
	In der repräsentativen Halbgruppe A:		
<u>10.</u> T	"Bringt der Euro für Deutschland alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, Vorteile und Nachteile gleichen sich aus?"	BRINGT VORTEILE	<u>.</u>
	In der repräsentativen Halbgruppe B:		
<u>10.</u> T	"Wie sehen Sie das, würde Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich besser dastehen, oder schlechter, oder in etwa genauso gut?"	WÜRDE BESSER DASTEHEN 1 WÜRDE SCHLECHTER DASTEHEN 2 GENAUSO GUT 3 UNENTSCHIEDEN, WEISS NICHT 4	} -
11. T	"Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, dass der Euro und die Euro-Zone bestehen bleiben? Ist das für die wei- tere wirtschaftliche Entwicklung Ihrer Meinung nach"	"sehr wichtig"	
12. T	"Von welchem Land geht Ihrer Meinung nach derzeit das größte Risiko für die Euro-Zone aus: von Griechenland, Spanien, Italien, Frankreich, oder von wem sonst?"	GRIECHENLAND	<u>.</u>
	ANDERES LAND, und zwar:		
	Nach einigen Zwischenfragen zu anderen Themen:		
	In der repräsentativen Halbgruppe A:		
<u>13.</u> T	"Noch einmal zur EU: Wie groß ist der Einfluss von Deutschland in der EU? Würden Sie sagen"	"sehr groß"	

In der repräsentativen Halbgruppe B: "sehr groß"...... 1 "Noch einmal zur EU: Wie sehen Sie das: "groß"...... 2 Wie groß ist der Einfluss von Bundeskanzlerin "weniger groß" 3 "gar nicht groß" 4 Angela Merkel in der EU? Würden Sie sagen ... ' UNENTSCHIEDEN 5 In der repräsentativen Halbgruppe A: "Und hat der Einfluss Deutschlands in der EU in den ZUGENOMMEN...... 1 ABGENOMMEN...... 2 letzten zwei, drei Jahren zugenommen oder GLEICH GEBLIEBEN 3 abgenommen, oder ist er gleich geblieben?" UNENTSCHIEDEN 4 In der repräsentativen Halbgruppe B: "sehr zufrieden"...... 1 "Wie zufrieden sind Sie alles in allem damit, wie die Bundesregierung die Interessen Deutschlands in "zufrieden" 2 der Europäischen Union vertritt? Sind Sie damit ...' UNENTSCHIEDEN 5 In der repräsentativen Halbgruppe A: "Einmal ganz allgemein gefragt: Was wäre Ihrer Meinung nach für die Zukunft, für die weitere Entwicklung Deutschlands besser: Wenn Deutschland MITGLIED BLEIBEN...... 1 Mitglied der Europäischen Union bleibt, oder wenn EU VERLASSEN 2 Deutschland die Europäische Union verlässt?" UNENTSCHIEDEN 3 In der repräsentativen Halbgruppe B: "Einmal ganz allgemein gefragt: Hat Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der MEHR VORTEILE..... 1 MEHR NACHTEILE 2 Europäischen Union eigentlich mehr Vorteile oder GLEICHEN SICH AUS 3 mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, die Vorund Nachteile gleichen sich aus?" WEISS NICHT 4 In der repräsentativen Halbgruppe A: "Es gibt EU-Länder, die immer wieder gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen, <u>16.</u> also z.B. Minderheiten im eigenen Land keinen Schutz gewähren, Zuständigkeiten des Verfassungsgerichts einschränken oder die politische Gewaltenteilung ignorieren. Wie sehen Sie das: Sollte es für EU-Länder, die rechtsstaat-SOLLTE SANKTIONEN GEBEN 1 liche Prinzipien nicht einhalten, Sanktionen geben, z.B. KEINE SANKTIONEN 2 weniger EU-Fördergelder oder kein Stimmrecht bei UNENTSCHIEDEN 3 Abstimmungen, oder sollte es für diese Länder keine Sanktionen von der EU geben? In der repräsentativen Halbgruppe B: INTERVIEWER überreicht rosa Bildblatt 3! <u>16.</u> "Es gibt EU-Länder, die immer wieder gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen, also z.B. Minderheiten im eigenen Land keinen Schutz gewähren, Zuständigkeiten des Verfassungsgerichts einschränken oder die politische DER OBERE...... 1 Gewaltenteilung ignorieren. Darüber unterhalten sich hier DER UNTERE 2 zwei. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie UNENTSCHIEDEN 3 denken, der Obere oder der Untere?"

In der repräsentativen Halbgruppe A:

<u>17.</u>	"Nach dem Austritt Großbritanniens fehlt im EU-Haushalt nur an die EU gezahlt hat. Was meinen Sie, wie sollte die EU die Sollten alle anderen Mitgliedsländer den Beitrag Großbri- tanniens ausgleichen und einen höheren Betrag an die EU zahlen, oder sollte die EU Einsparungen vornehmen, um den fehlenden Betrag auszugleichen?"	
	In der repräsentativen Halbgruppe B:	
<u>17.</u>	"Nach dem Austritt Großbritanniens fehlt im EU-Haushalt nur an die EU gezahlt hat. Was meinen Sie, wie sollte die EU die Sollten alle anderen Mitgliedsländer den Beitrag Großbritan Betrag an die EU zahlen, oder sollte die EU Einsparungen vornehmen, auch wenn dann die Mittel für bestimmte Förderprogramme z. B. für die Wissenschaft oder für strukturschwache Regionen gekürzt werden müssen?"	sen Einnahmenverlust ausgleichen:
18.	"Was meinen Sie: Wie wird sich der Austritt Großbritanni- ens auf die EU auswirken? Wird der Zusammenhalt zwi- schen den verbliebenen Mitgliedsländern eher stärker oder eher schwächer werden?"	STÄRKER 1 SCHWÄCHER 2 KEIN UNTERSCHIED 3 UNENTSCHIEDEN 4
	An späterer Stelle im Interview:	
19. T	"Wie sehen Sie das: Sollte es für EU-Länder, die keine oder nur ganz wenige Flüchtlinge aufnehmen, Sanktionen geben, z.B. durch Kürzungen der Zuschüsse, oder sollte es keine Sanktionen geben?"	SANKTIONEN GEBEN
20. T	"Sollte Ihrer Meinung nach europäisch geregelt werden, wie viele Flüchtlinge jedes EU-Land aufnimmt, oder soll- ten das die einzelnen Mitgliedsländer der EU für sich selbst entscheiden?"	EUROPÄISCH REGELN
21. T	"Was glauben Sie: Ist es möglich, die Außengrenzen der Europäischen Union wirkungsvoll gegen unkontrollierte Zuwanderung zu schützen, oder ist das nicht möglich?"	MÖGLICH 1 NICHT MÖGLICH 2 SCHWER ZU SAGEN 3
22. T	"Wie ist Ihr Eindruck: Bemühen sich die meisten Mitgliedsländer der EU darum, eine gemeinsame Lösung zur Bewältigung der Flücht- lingssituation zu finden, oder bemühen sie sich nicht darum?"	BEMÜHEN SICH
23. a) T	"Und interessieren Sie sich für Europapolitik, ich meine für die Entscheidungen, die in Brüssel oder im Europäi- schen Parlament in Straßburg getroffen werden, oder interessiert Sie das weniger, oder interessieren Sie sich gar nicht dafür?"	INTERESSIERT MICH
b)	"Interessieren Sie sich für das aktuelle Geschehen und aktuelle Entwicklungen in anderen Mitglieds- ländern der EU, oder interessiert Sie das weniger, oder interessieren Sie sich gar nicht dafür?"	INTERESSIERT MICH



LISTE 1

- (1) Freiheit des Einzelnen, dass sich jeder selbst verwirklichen kann
- (2) Weltoffenheit
- (3) Christlicher Glaube, christliche Werte
- (4) Leistungsbereitschaft
- (5) Toleranz
- (6) Umweltbewusstsein
- (7) Freies Unternehmertum
- (8) Familiensinn, große Bedeutung der Familie
- (9) Achtung der Menschenwürde
- (10) Demokratie
- (11) Meinungsfreiheit, Pressefreiheit
- (12) Rechtsstaatlichkeit, dass man sich auf Gesetze verlassen kann
- (13) Gleichberechtigung von Frauen
- (14) Schutz von Privateigentum
- (15) Religionsfreiheit
- (16) Schutz der Privatsphäre
- (17) Soziale Gerechtigkeit
- (18) Schutz von Minderheiten
- (19) Dass der Staat nicht in die Wirtschaft eingreift
- (20) Verantwortungsgefühl für die Schwächeren der Gesellschaft

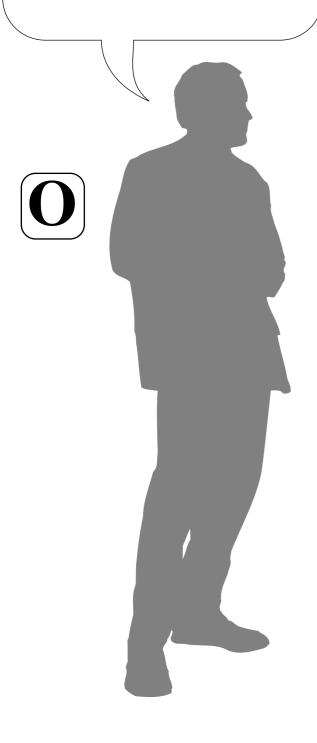
LISTE 2

- (1) Beim Datenschutz
- (2) In der Außenpolitik
- (3) In der Verteidigungspolitik
- (4) In der Flüchtlingspolitik
- (5) In der Steuerpolitik
- (6) Beim Einsatz für Menschenrechte
- (7) In der Wirtschaftspolitik
- (8) Beim Umweltschutz
- (9) In der Energiepolitik
- (10) Beim Schutz der Meinungsund Pressefreiheit
- (11) Bei der Terrorabwehr
- (12) In der Sozialpolitik
- (13) Beim Umgang mit Korruption
- (14) In der Bildungspolitik
- (15) In der Gesundheitspolitik
- (16) Beim Kampf gegen organisierte Kriminalität

BILDBLATT 3 entfällt!

BILDBLATT 3

"Ich finde, dass es von der EU Sanktionen geben sollte für Mitgliedsländer, die gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen, z. B. weniger EU-Fördergelder oder kein Stimmrecht bei Abstimmungen."



"Das sehe ich anders. Dabei geht es oft um Dinge, die die inneren Angelegenheiten der Länder betreffen. Die EU-Mitgliedsländer sollten die Freiheit haben, rechtsstaatliche Prinzipien einzuschränken, ohne dass die EU dagegen vorgeht."

